

Rosa Luxemburg

ROSA – LUXEMBURG – STIFTUNG
SACHSEN e.V.

Texte zur
politischen
Bildung H. 39

Thomas Ahbe

**Der DDR-Antifaschismus
Diskurse und Generationen -
Kontexte und Identitäten
Ein Rückblick über 60 Jahre**

Thomas Ahbe

Der DDR-Antifaschismus.
Diskurse und Generationen –
Kontexte und Identitäten.
Ein Rückblick über 60 Jahre

TEXTE ZUR POLITISCHEN BILDUNG

Heft 39

ISBN 978-3-89819-263-7

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V. 2007

Harkortstraße 10

04107 Leipzig

Telefon: (0341) 9 60 85 31

Telefax: (0341) 2 12 58 77

RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Redaktion / Satz: Lutz Höll

Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH
Badeweg 1, 04435 Schkeuditz

Inhalt

1. Einleitung	5
2. Die Zeit der Zweistaatlichkeit und zweier Vergangenheiten. Diskurse und Generationen	7
2.1. Der ostdeutsche Diskurs zur nationalsozialistischen Vorgeschichte. Deutungsmuster und Funktionen in den 40er und 50er Jahren	8
2.2. Der westdeutsche Diskurs zur nationalsozialistischen Vorgeschichte. Deutungsmuster und Funktionen in den 40er und 50er Jahren	16
2.3. Die Vergangenheitsdiskurse in West und Ost in den 60er Jahren	25
2.4. Die Vergangenheitsdiskurse in West und Ost in den 70er und 80er Jahren	30
2.5. Der alternde Antifaschismus der 80er Jahre: Rechtsextreme Jugendliche und antifaschistisch eingestellte Elterngenerationen	40
2.5.1. Erster Exkurs: Rechtsextreme Jugendkulturen in der Spätphase der DDR ...	40
2.5.2. Zweiter Exkurs: Einstellungen der Ostdeutschen zu nationalsozialistischem Gedankengut im Spiegel der empirischen Forschung	43

3. Nach 1990 – Was wurde aus dem Antifaschismus?	50
3.1. Die Krise des Umbruchs und die Konjunktur des Rechtsextremismus	50
3.2. Der DDR-Antifaschismus in den Debatten nach 1990	52
3.2.1. Der Antifaschismus in der geschichtswissenschaftlichen Analyse nach 1990	54
3.2.2. Der Antifaschismus in Erinnerungskultur und Öffentlichkeit nach 1990	57
3.2.2. Der DDR-Antifaschismus als Gegenstand politischer und ideologischer Auseinandersetzungen nach 1990. Ein Streit um Überzeugungen und Identitäten	59
4. Ausblick	69
5. Literatur	72
Über den Autor	81

1. Einleitung

Die Debatte um den DDR-Antifaschismus, um seine Wirkung und Bewertung, muss in den Kontext der konkurrierenden Zweistaatlichkeit und den Modus ihrer Auflösung gestellt werden.

Zwar war für beide deutsche Nachkriegsstaaten der negative Bezug auf das »Dritte Reich« einer der wichtigsten identitätsstiftenden Bezugspunkte – dennoch entwickelten beide Gesellschaften höchst unterschiedliche Darstellungen ihrer nationalsozialistischen Vorgeschichte. Diese unterschiedlichen Darstellungen erfüllten jedoch in beiden Gesellschaften die gleichen Funktionen: Nach innen war die Vergangenheitspolitik Instrument kultureller und politischer Integration sowie der Herrschaftslegitimation – nach außen ein Mittel der Auseinandersetzung mit der anderen deutschen Gesellschaft. Die geschichts- und politikwissenschaftliche Deutung der als »nationalsozialistisch« oder »faschistisch« bezeichneten Vorgeschichte, der Kanon der Ereignisse, der Opfer- und Tätergruppen folgte in Ost und West den politischen und gesellschaftlichen Wandlungsprozessen.

Die Debatten um die Deutung des Nationalsozialismus waren seit dem Ende 50er Jahre in der Bundesrepublik konflikthafter und dynamischer als in der DDR. Aufgrund der demokratischen Verfasstheit der Bundesrepublik und ihrer Öffentlichkeit konnten neue Generationen die Diskurse zum Nationalsozialismus hier stärker modifizieren und differenzieren als in der DDR, wo der Antifaschismus-Diskurs stark ritualisiert wurde. Hinzu kam, dass die DDR – im Unterschied zur Bundesrepublik, welche rascher eine allgemeine Wohlstandssteigerung verzeichnen konnte – ihre Legitimation stärker moralisch und geschichtspolitisch stützen musste. Die DDR bezog sich dabei auf die Vergangenheit des »opferreichen« aber letztlich doch »siegreichen Kampfes gegen den Faschismus«, auf die jeweils aktuell konstatierte »Refaschisierung Westdeutschlands« und auf die sozialistische Zukunft. Dass die Kerngruppe der SED-Machthaber sowie die mit ihr assoziierte ostdeutsche Kulturelite überwiegend zu den Gegnern oder Opfern des Nationalsozialismus zählten und damit über ein »moralisches Kapital« verfügte, das in den allermeisten Fällen der westdeutsche Elite und den ostdeutschen Kritikern der SED-Diktatur fehlte – beförderte diese Legitimations-

strategie zunächst zusätzlich. Doch zugleich verengte die enge Bindung der antifaschistischen Deutung an die Biographien und Identitäten der ostdeutschen Machthaber sowie deren diktatorischer Zugriff auf die Öffentlichkeit die Deutungen der Nazi-Herrschaft und die Erinnerungen an ihre Opfer und Widersacher. Dennoch blieb diese Art des Antifaschismus nicht völlig wirkungslos. Die Befunde der empirischen Forschung zeigen bei den frühen und mittleren DDR-Generationen eine nachhaltige Distanz gegenüber nationalsozialistischen, antisemitischen und revanchistischen Gedankengut. Diese lässt dann bei den seit den 70er Jahren Geborenen, die während der Stagnationsphase der DDR und der Umbruchskrise sozialisiert wurden, stark nach. In den 80er Jahren bildeten in der antifaschistischen DDR sogar einige tausend Jugendliche eine rechtsextreme Szene aus.

Noch bevor die politische Machtelite, die die DDR einst mitgegründet hatte, vollständig abgetreten war, ging die DDR in der Vereinigung mit der Bundesrepublik auf: Die Geschichts- und Politikwissenschaft, die Medien und die politische Bildung im Osten wurden konzeptionell und personell radikal verändert. Der ostdeutsche Antifaschismus wurde vom Subjekt zum Objekt der Aufarbeitung durch den anders akzentuierten, zum Teil direkt konkurrierenden zeitgeschichtlichen Nationalsozialismus-Diskurs der Bundesrepublik. Somit blieb auch die seit Jahren ausstehende und unter den demokratischen Bedingungen nun mögliche Revision des DDR-Antifaschismus durch DDR-Geschichtswissenschaftler aus.

Heute sind Kritik und Verteidigung des DDR-Antifaschismus auch über den Bereich der geschichtswissenschaftlichen Analyse hinaus ein Feld, auf dem mit der BRD oder der DDR identifizierte Akteure scharfe Kontroversen ausfechten, ihre Biographien und Überzeugungen verteidigen – und auch Enttäuschungen bearbeiten. Und schließlich ist der Antifaschismus beziehungsweise dessen Kritik ein Gegenstand der allgemeinen Polemik politischer Strömungen und Parteien.

Der folgende Beitrag versucht einen Überblick zur Aufarbeitung des DDR-Antifaschismus zu liefern und die aktuelle Diskussion um den Antifaschismus in diese Zusammenhänge einzuordnen.

2. Die Zeit der Zweistaatlichkeit und zweier Vergangenheiten. Diskurse und Generationen

Sowohl in der Bundesrepublik wie auch in der DDR diente die Bezugnahme auf die Jahre der Nazi-Diktatur der Legitimation des jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Ordnungsmodells sowie der sozialen Integration. Die Gruppen, welche die Umwälzungen und den Aufbau der beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften unter Aufsicht ihrer Besatzungsmächte anleiteten, waren sozial und ideologisch Antipoden: Ostdeutschland war bald sozialistisch und diktatorisch, Westdeutschland war kapitalistisch und demokratisch verfasst. Die beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften waren somit direkte Antagonisten und Konkurrenten. Damit waren zunächst auch die offiziellen Geschichtserzählungen beider Gesellschaften komplementär: Was die eine ausblendete, darauf richtete die andere den alleinigen Fokus. Karl Dietrich Erdmann hat diese Gegensätzlichkeit bei gleichzeitiger Aufeinanderbezogenheit auf den Begriff der »dialektischen Einheit« gebracht.¹

Einer der ersten wichtigen sozialintegrativen Effekte der jeweiligen offiziellen Deutungen der nationalsozialistischen Vorgeschichte war es, die Verantwortlichkeiten so darzustellen, dass der größte Teil der deutschen Bevölkerung mehr oder weniger aus der Verantwortung oder Schuld für die Verbrechen genommen wurde. Zugleich hatten die offiziellen Deutungen zum Nationalsozialismus den Effekt, wichtige Momente des Nationalsozialismus zu externalisieren und ihr »Fortleben« beim jeweiligen Systemkonkurrenten zu konstatieren. Und schließlich ging es darum, sinnstiftende Traditionen zu definieren, die den Weg in die Zukunft orientieren und legitimieren könnten.

1 Karl Dietrich Erdmann: Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk? Überlegungen zu einer deutschen Geschichte seit der Teilung. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*. 36(1985). S. 671–683, hier S. 682. Zit. nach Katrin Hammerstein: Deutsche Geschichtsbilder vom Nationalsozialismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage der Wochenzeitsung *Das Parlament*. B 3/2007 vom 15. Januar 2007. S. 24–30, hier S. 25.

2.1. Der ostdeutsche Diskurs zur nationalsozialistischen Vorgeschichte. Deutungsmuster und Funktionen in den 40er und 50er Jahren

Im ostdeutschen – dem antifaschistischen – Diskurs war die oben genannte sozialintegrative und die Schuld externalisierende Figur schwieriger zu vollziehen als im westdeutschen Diskurs zum »Dritten Reich« und »dem Zusammenbruch«. Denn im Osten mussten die Vorstellungen und Wertungen der Bevölkerungsmehrheit an einer unpopulären, ihr zumindest fernstehenden Sichtweise, nämlich der der Gegner und Opfer des Nationalsozialismus, zu denen die ostdeutschen Macht- und Kulturelite überwiegend gehörte², orientiert werden. Der Antifaschismus war ein Diskurs aus der Perspektive der Gegner und Opfer – und nicht der sich frei von Verantwortung sehenden Nutznießer des Nationalsozialismus oder der sich ungerecht behandelt fühlenden Mitläufer – und insofern war er ein Minderheiten-Diskurs.³ Die ostdeutschen Machthaber wussten, mit wem sie in der SBZ zusammenlebten und was die vorherrschenden Kalküle der Volksgenossen gewesen waren. Johannes R. Becher, der spätere Kulturminister der DDR, formulierte das 1945 so: »Die eigentliche Wirksamkeit erreichte die Naziideologie aber dadurch, daß sie materielle Vorteile versprach und breiten Schichten solche materiellen Vorteile auch zeitweise gewährte. Am Antisemitismus verdienten nicht nur die Banken, nicht nur die Reisebüros, sondern auch der »arische Arzt«, der die gutgehende jüdische Kassenpraxis inklusive In-

2 Viele Angehörigen dieser Gruppe entsprachen dem im Nazi-Jargon als »jüdisch-bolschewistisch« bezeichnetem Gegner und vereinten zwei Verfolgengruppen in einer Person.

3 Diese grundsätzliche Unterscheidung will nicht darüber hinwegsehen lassen, das die genannte Opfer-Perspektive selektiv war und nicht die Erfahrungsbreite und Deutungen *aller* NS-Opfer repräsentierte. Zur ostdeutschen Variante davon, wie Nazi-Opfer nach 1945 zu Opfern von Nazi-Opfern wurden, siehe Olaf Groehler: Verfolgten- und Opfergruppen im Spannungsfeld der politischen Auseinandersetzungen in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Jürgen Danyel (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in den beiden deutschen Staaten. Berlin 1995. S. 17–30. Dazu als Kommentar: Fritz Klein: Ein schlimmes Erbe kritisch und selbstkritisch aufarbeiten. In: Ebenda. S. 139–141. Siehe auch: Jürgen Danyel: Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR. In: Ebenda. S. 31–46.

strumentarium zu einem Spottgeld, wenn nicht gratis, übernahm. An dem Kriegsausrüstungsgeschäft, den Kasernenbauten, der Herstellung von Waffen und Uniformen haben Hunderttausende kleiner Leute mitverdient. Von dem Ausrottungsfeldzug gegen freiheitliche Völker haben ebenfalls Hunderttausende profitiert, selbst die Vernichtungslager hatten ihre Nutznießer. Den eigentlichen Erfolg hatte die Naziideologie als Korruptionsideologie, als Ideologie des Eigennutzes, des hemmungslosen Geschäftemachens, als die Ideologie der nationalen Verklärung aller egoistischen Raffke- und Raubinstinkte.«⁴ Zugleich war den neuen Machthabern des Ostens klar, dass die ehemaligen Nazi-Anhänger – bei den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern handelte es sich um etwa ein Sechstel der Bevölkerung – für den Wiederaufbau eines funktionierenden Landes gebraucht würden. Diese sollten, wie es Wilhelm Pieck Anfang 1946 formulierte, trotz ihrer »Verantwortung dafür, dass Hitler diese Verbrechen begehen konnte« nicht in »ewiger Verdammnis«⁵, also dauerhaft desintegriert bleiben. Diese bei der Mehrheit sehr populäre Ankündigung wurde in Ostdeutschland dennoch recht ambivalent kommuniziert. Das widerspiegelt sich auch in den Äußerungen Walter Ulbrichts auf einer Innenministerkonferenz von 1948: »Wir müssen an die ganze Masse der Werktätigen appellieren, auch an die nominellen Nazis, an die Masse der technischen Intelligenz, die Nazis waren. Wir werden ihnen offen sagen: Wir wissen, dass Ihr Nazis ward, wir werden aber nicht weiter darüber sprechen; es kommt auf Euch an, ehrlich mit uns mitzuarbeiten.«⁶ Diese Ambivalenz resultierte aus der realpolitischen Spannung, die sich zwischen dem Rehabilitations- bzw. Integrationsangebot und der offiziellen ostdeutschen Deutung zur Zeit

-
- 4 Johannes R. Becher: »Zur Frage der politisch-moralischen Vernichtung des Faschismus« (Februar/März 1945). In: Peter Erler / Horst Laude / Manfred Wilke (Hrsg.): »Nach Hitler kommen wir.« Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/1945 für Nachkriegsdeutschland. Berlin 1994. S. 335–361, hier S. 349. Zu den materiellen Gewinnen von großen Teilen der Bevölkerung im Nationalsozialismus siehe Götz Aly: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt am Main 2005.
- 5 So Wilhelm Pieck, der Anfang 1946 auf einer Rede in Halle/S., in der er ankündigte, dass »einfache Pg's bzw. nominelle Nazis« die Möglichkeit bekommen würden »sich zu bewähren«. Zit. nach Jürgen Danyel: Die SED und die »kleinen Pg's«. In: Anette Leo / Peter Reif-Spirek (Hrsg.): Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus. Berlin 1999. S. 177–196, hier S. 186.
- 6 Zit. nach Karin Hartewig: Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR. Köln, Weimar, Wien 2000. S. 259.

des »Dritten Reichs« auftrat. Der ostdeutsche Antifaschismus verwies von Anbeginn an auf die *Möglichkeit*, auf den moralischen *Wert* und auf die *Opfer des Widerstands*. Darin unterschied er sich sehr stark vom zeitgenössischen westdeutschen Diskurs. Der verwies rehabilitierend auf die »unausweichliche« Verführung der Deutschen⁷ durch den »Dämon« Hitler⁸ während die Historiker von »verschuldet-unverschuldeter Ausweglosigkeit« und dem »Zwang zu irren, wo es den rechten Weg nicht gibt«⁹ sprachen. Hinzukam, dass die von den ostdeutschen Machthabern angestrebte Integration der kleinen Pgs mit den Vorstellungen der Basis der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes* (VVN) kollidierte, einer Organisation, der die Politik einen hohen symbolischen Status – bis zu deren Auflösung 1953 – zuerkannte. Die VVN-Mitglieder wollten nicht mit ehemaligen Mitgliedern der NSDAP und deren Gliederungen in der *Nationalen Front* – oder soweit man SED-Mitglied war, in dieser Partei – zusammenarbeiten, sondern sie büßen lassen oder mit ihnen abrechnen.¹⁰ Dennoch wurde in diesen Jahren die juristische Basis dafür geschaffen, die generelle Desintegration der ehemaligen NSDAP-Angehörige zu beenden.¹¹

7 Siehe auch das Restimee in: Norbert Frei: Vergangenheitspolitik in den fünfziger Jahren. In: Wilfried Loth / Bernd-A Rusinel (Hrsg.): *Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*. Frankfurt am Main 1998. S. 79–92, hier S. 92.

8 Siehe Nicolas Berg: *Lesarten des Judenmords*. In: Ulrich Herbert (Hrsg.): *Wandlungsprozesse in Westdeutschland*. Göttingen 2002. S. 91–139.

9 Golo Mann in seinem relativierenden Vorwort zur deutschen Übersetzung von William S. Shirers »Aufstieg und Fall des Dritten Reiches«. Zit. nach ebenda. S. 115.

10 Siehe Olaf Groehler: *Verfolgten- und Opfergruppen im Spannungsfeld der politischen Auseinandersetzungen in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik*; Jürgen Danyel: *Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? – Zur VVN siehe Elke Reuter / Detlef Hansel: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953*. Berlin 1997.

11 Die Provisorische Volkskammer verabschiedete am 9. November 1949 das »Gesetz über den Erlass von Sühnemaßnahmen und die Gewährleistung staatsbürgerlicher Rechte für die ehemaligen Mitglieder und Anhänger der Nazipartei und Offiziere der faschistischen Wehrmacht«. Am 2. Oktober 1952 verabschiedete die Volkskammer das Gesetz »Über die staatsbürgerlichen Rechte der ehemaligen Offiziere der faschistischen Wehrmacht und der ehemaligen Mitglieder und Anhänger der Nazipartei.« Siehe Norbert Frei: *NS-Vergangenheit unter Ulbricht und Adenauer. Gesichtspunkte einer »vergleichenden Bewältigungsforschung«*. In: Jürgen Danyel (Hrsg.): *Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in den beiden deutschen Staaten*. Berlin 1995. S. 125–132, hier S. 128. Siehe auch Anm. 31.

Aber auch die kapitalismuskritische Basis des antifaschistischen Diskurses verbürgte in mehrfacher Weise einen sozialintegrativen Effekt: Der deutsche Faschismus¹² beziehungsweise der Nationalsozialismus wurde in der DDR gemäß der 1935 formulierten Dimitroff-Definition als Diktatur »der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischsten Elemente des Finanzkapitals« definiert. Diese kanonisierte kapitalismuskritische Definition wirkte im Kontext des antifaschistischen Diskurses sowohl mit Blick auf die Vergangenheit als auch mit Blick auf die Zukunft sozial integrativ als die Schuld externalisierend.

Mit Blick auf die Vergangenheit akzentuierte die Dimitroff-Definition erstens, dass jene Gruppe, die die Nazis an die Macht brachte und deren Interesse die Hitler-Diktatur erfüllte – also die »Elemente« des Finanzkapitals oder des Monopolkapitals –, doch sehr klein war. Zweitens legte dieser Diskurs nahe, dass das Volk – gewissermaßen naturgemäß – nichts mit den verbrecherischen Richtern, Generälen, Bonzen und Henkern gemein hatte, auch wenn große Teile der Bevölkerung es nicht geschafft hatten, sich der »faschistischen Demagogie« zu entziehen und an die Seite der »fortschrittlichen Kräfte« zu finden. Mit den Schuldigen hatten die einfachen DDR-Bürger »wenig zu tun«, darüber hinaus galten diese, sofern sie nicht im Zuge der antifaschistischen Säuberung in der SBZ und frühen DDR erfasst worden waren, als in den Westen geflohen. Für die deutsche Geschichte wurde eine durchgängige Linie zwischen fortschrittlichen und reaktionären Kräften konstruiert an deren gutem Ende die DDR stand. Die DDR und ihre Bürger wurden zu Erben jenes Kampfes erklärt, von dem die »Zeit des Faschismus« lediglich die letzte, wenn auch schlimmste Phase war, die mit Hilfe der fortschrittlichen Sowjetunion letztendlich siegreich überwunden und für immer abgeschlossen wurde. Diese antifaschistische Erzählung zum Nationalsozialismus sollte beim Publikum nicht nur Identifikation mit der DDR und historische Zuversicht erzeugen, sondern auch »nationale Begeisterung stimulieren«.¹³

12 Zum Faschismus-Begriff siehe Arnd Bauernkämper: *Der Faschismus in Europa 1918–1945*. Stuttgart 2006; Robert O. Paxton: *Anatomie des Faschismus*. München 2006; Stanley Payne: *Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung*. Berlin 2001.

13 Edgar Wolfrum: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*. Darmstadt 1999. S. 47. Die 1950 einsetzenden Kritiken an Alexander Abuschs 1946 erschienenen *Panorama zur deutschen Geschichte »Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis der deut-*

Mit Blick auf die Zukunft legte der kapitalismuskritisch basierte antifaschistische Diskurs nahe, dass die schockierenden Erfahrungen aus der Zeit des »Dritten Reiches« endgültig der Vergangenheit angehören würde. Denn da durch die »antifaschistisch-demokratische Umwälzung« und schließlich durch die Errichtung des Sozialismus die sozialökonomischen »Wurzeln des Faschismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet« waren, bestand keine Gefahr mehr, dass sich die Menschen in ihrer Schwäche und Verführbarkeit oder in ihrem Opportunismus und Vorteilsstreben noch einmal in solche Verbrechen wie im »Dritten Reich« verstrickten. Die Frage nach dem »autoritären Charakter«, die zwanzig Jahre später im Westen gestellt wurde, und die nach den mentalen und psychischen Dispositionen der Volksgenossen fragte, stellte sich zu dieser Zeit nicht. Der sozialökonomisch akzentuierte Erklärungsansatz wies somit in doppelter Hinsicht »nach außen«: weg von den sozialpsychologischen Voraussetzungen und Erbschaften des Nationalsozialismus, weg von der diktatorischen Verfasstheit DDR – und hin zur Bundesrepublik. Die kapitalistische – als imperialistisch und revan-chistisch bezeichnete – Bundesrepublik galt als jener Bereich, von dem aus der antifaschistischen DDR und ihren antifaschistischen Einwohnern erneut die faschistische Gefahr drohte. Denn hier wurden im Zuge einer öffentlich und halböffentlich exekutierten Politik Nazi-Täter und die Eliten des »Dritten Reiches« bevorzugt integriert sodass sie – vor allem im Zuge des 1949 einsetzenden Aufbaus der Bundesverwaltung – in den 50er Jahren die Geschichte der Bundesrepublik maßgeblich beeinflussten.¹⁴ Die antifaschistische Propaganda der DDR setzte das Ausmaß der Amnestierung und der personellen Kontinuität der bundesdeutschen Eliten freilich mit dem Wiedererstarken des Nationalsozialismus

schen Geschichte« (Berlin 1946) sieht Wolfrum in diesem Kontext. Es sei deutlich geworden, dass Abuschs Darstellung nicht zur Quelle eines progressiven sozialistischen Nationalstolzes werden könnte.

- 14 Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München 1996; Ulrich Herbert: *NS-Eliten in der Bundesrepublik*. In: Wilfried Loth / Bernd-A. Rusinek (Hrsg.): *Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*. Frankfurt am Main 1998. S. 92–115; Michael Ruck: *Kontinuität und Wandel – Westdeutsche Verwaltungseliten unter dem NS-Regime und in der alten Bundesrepublik*. In: Ebenda. S. 117–142; Curt Garner: *Der öffentliche Dienst in den 50er Jahren: Politische Weichenstellungen und ihre sozialgeschichtlichen Folgen*. In: Axel Schildt und Arnold, Sywottek (Hrsg.): *Modernisierung im Wiederaufbau*. Bonn 1993. S. 759–790.

gleich.¹⁵ Die Politik Adenauer bewertet man 1957 als »die Neuauflage des Faschismus auf Atombasis«, der Kanzler selbst wurde als »Hitler unserer Tage« bezeichnet, der offen den »militärisch-faschistischen Staatsstreich« vorbereite.¹⁶

Trotz aller Propaganda gegen die Nazis in der Bundesrepublik und deren »Agenten«, die »Fortschrittsfeinde« in der DDR, wirkte der geräuschvolle antifaschistische Diskurs auf die DDR-Gesellschaft auch sozialpsychologisch beruhigenden: Schließlich war man weder früher noch jetzt »Kapitalist« oder »Kriegsverbrecher«, und nun sogar Bürger eines antifaschistischen Staates. Der permanente – aber in der Tendenz entdifferenzierte und entkonkretisierte – Verweis auf die Verbrechen

15 Der Begriff »Renazifizierung«, mit dem bisweilen auch im aktuellen geschichtswissenschaftlichen Diskurs das Wiedereintrücken der schon vor 1945 in Elite-Positionen tätigen bürgerlichen Funktionsträger umschrieben wird, ist unglücklich, da er den Opportunismus und die Anpassungsbereitschaft dieser Schicht unterschätzt und offen lässt, inwieweit sich diese Gruppe gegen die Bundesrepublik engagiert hat. Es stellt sich Frage, warum dieser Personenkreis, der in der frühen Bundesrepublik weiterhin deutliche Wohlstands- und Statusgewinne verzeichnen konnte, sich gegen die BRD wenden sollte. Im Übrigen ist festzustellen, dass die bürgerlichen Eliten des »Dritten Reichs« nach 1945 vom Aufbau der BRD deutlich besser profitierten als jene NS-Funktionsträger, die aus der Arbeiterschaft und dem Kleinbürgertum kommend im »Dritten Reich« die mittleren und zum Teil auch hohen Ränge von Partei und SA, teilweise auch der Waffen-SS gestellt hatten und dann im Zuge des Wirtschaftswunder ihr Auskommen auf »bestenfalls mittlerem Niveau fanden«. Ulrich Herbert: NS-Eliten in der Bundesrepublik. S.110.

Michael Ruck beschreibt die Bindung der westdeutschen bürgerlichen Eliten an den Nationalsozialismus so: »Freilich begünstigte die militärisch-politische Eingliederung in den ›Westblock‹ auch das latente Überdauern von Denkmustern und Verhaltensdispositionen, die sich grundsätzlich weiter an den Kategorien machtsstaatlicher Selbstbehauptung nach außen und bürokratisch-technokratischer Konfliktlösung im Inneren orientierten. Was der bundesdeutschen Verwaltung der fünfziger und sechziger Jahre aber – bei allem Konservatismus – weitgehend abging, war jener eklatante Hang zur passiven Resistenz, mit dem ein gut Teil des Weimarer höheren Beamtentums nach Kräften dazu beigetragen hatte, die Erfolgchancen des ersten demokratischen Versuchs auf deutschen Boden zu mindern.« Michael Ruck: Kontinuität und Wandel – Westdeutsche Verwaltungseliten unter dem NS-Regime und in der alten Bundesrepublik. S. 140f.

16 Michael Lemke: Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960-1968. In: Jürgen Danyel (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in den beiden deutschen Staaten. Berlin 1995. S. 61–86, hier S. 65; Monika Gibas: »Bonner Ultras«, »Kriegstreiber« und »Schlotbarone«. Die Bundesrepublik als Feindbild der DDR in den fünfziger Jahren. In: Silke Satjukow / Rainer Gries (Hrsg.): Unsere Feinde. Konstruktion des Anderen im Sozialismus. Leipzig 2005. S. 76–106.

und Opfer des Faschismus, erleichterte es, sich von den problematischen *persönlichen* Erfahrungen und schuldhaften Verstrickungen im »Dritten Reich« still zu entfernen.

Die Erinnerung an die Opfer und den Kampf gegen die Nazis wurde von der Vielfalt der Orte und Akteure abgelöst, universalisiert und in abstrakteren politischen Symbolen oder Symbolfiguren präsentiert.¹⁷ Diese Transformation bildete einen tragfähigen Kompromiss in der Deutung der Vergangenheit: Er berücksichtigte einerseits die Bedürfnisse der Mehrheit der einstigen Volksgenossen, die durch die unzähligen lokalen Konkreta der nationalsozialistischen Verbrechen und ihrer eigenen schuldhaften Verstrickungen nicht belästigt wurden. Die entkonkretisierte Erzählung über Widerstand, Opfer, und Täter – gewissermaßen ohne Namen, Adressen und DDR-Folgebiographie – minderten die quälenden Fragen nach Schuld und Sühne und erleichterte es auch, sich »ohne Brüche in ihrer bisherigen politischen Mentalität mit dem antifaschistischen Selbstverständnis des Staates zu arrangieren bzw. es selbst zu verinnerlichen«. ¹⁸ Auf der anderen Seite nahm diese Deutung der Vergangenheit die Bedürfnisse der überlebenden Opfer und Verfolgten und Gegner des nationalsozialistischen Regimes auf, denn die konnten die abstrakte Symbolik der antifaschistischen Traditionspflege immer noch mit ihrer Erinnerung verbinden und die Rituale als Zeichen gesellschaftlicher Wertschätzung nehmen. Ausgeschlossen blieben aus dieser Art der offiziellen Vergangenheitsdeutung jedoch jene Widerstandshandlungen gegen das Nationalsozialistische Regime, die nicht in das Bild des von den Kommunisten angeführten antifaschistischen Widerstand »passten«, deren Motive also Mitleid, Anstand, religiöse Überzeugungen oder bürgerliche Tugenden waren.

Allerdings: Jenseits der individuellen und der auf das soziale Nahfeld bezogenen Ebene sind die Ostdeutschen – und vor allem die Heranwachsenden – sehr stark damit konfrontiert worden, dass das »Dritte Reich« *von Anfang* an ein verbrecherisches Regime war, eben weil die Geschichte aus der Perspektive der Gegner und Opfer des Nationalsozialismus geschildert wurde.¹⁹ Neben dem politischen Widerstand war

17 Vgl. hierzu exemplarisch zu Buchenwald: Volkhard Knigge / Jürgen Maria Pietsch / Thomas A. Seidel: Versteinerter Gedenkstein. Das Buchenwalder Mahnmahl von 1958. Spröda 1997.

18 Jürgen Danyel: Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? S. 45f.

19 Zu den Wirkungen siehe hierzu: 2.5.2. Zweiter Exkurs: Einstellungen der Ostdeutschen zu nationalsozialistischem Gedankengut im Spiegel der empirischen Forschung. S. 43ff. dieser Publikation.

der Vernichtungskrieg im Osten ein zweiter Schwerpunkt des antifaschistischen Diskurses. Der Krieg gegen die Sowjetunion wurde dabei oft als »größtes Verbrechen des deutschen Faschismus«²⁰ dargestellt. Der Massenmord – »zwölf Millionen Menschen brachten die Nazis in den Konzentrationslagern um« hieß es im Schulbuch – wurde auch in den wirtschaftlichen Zusammenhängen des Raubes und der Zwangsarbeit für die deutsche Wirtschaft gezeigt.²¹ Als Kriegsziele wies man die »Ausrottung der Juden, Slawen und aller politischer Gegner« aus.²² Ein großer Teil der Darstellungen im Schulbuch²³ widmete sich dem deutschen, vor allem dem kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus und die Opfer, die der nationalsozialistische Terror kostete. Dadurch, dass die Verhältnisse jedoch fast ausschließlich aus der Perspektive der Nazi-Gegner, deren Verfolgung und der Illegalität dargestellt wurden, geriet jedoch aus dem Blick, dass es auch einen konsensbasierten Alltag im »Dritten Reich« gab.²⁴ Die Kalküle und Sinnvorstellungen der Volksgenossen waren so kaum zu thematisieren. Die Frage nach den sozialpsychologischen Voraussetzungen und Erbschaften des Nationalsozialismus wurde völlig in den Hintergrund gedrängt, was letztlich die externalisierende und sozialintegrative Funktion des antifaschistischen Diskurses unterstützte.

20 Pars pro toto hier das Schulbuch: Bilder zur Geschichte des deutschen Volkes 1929–1960 für die 9. und 10. Klasse der Oberschule. Berlin 1961. Die nämliche Kapitelüberschrift lautet: »Der Überfall auf die Sowjetunion – das größte Verbrechen des deutschen Faschismus«.

21 Ebenda. S. 59, 55.

22 Ebenda. Die Kapitelüberschrift lautete: »Die Kriegsziele der deutschen Imperialisten: Raub fremder Gebiete und fremden Eigentums – Ausbeutung und Versklavung der unterworfenen Völker – Ausrottung der Juden, Slawen und aller politischer Gegner«. Ebenda S. 55.

23 Ebenda. S. 22–48.

24 Siehe Götz Aly: Hitlers Volksstaat.

2.2. Der westdeutsche Diskurs zur nationalsozialistischen Vorgeschichte. Deutungsmuster und Funktionen in den 40er und 50er Jahren

Der Nationalsozialismus war auch für den westdeutschen Nachkriegsstaat ein »negatives Bezugsereignis«. ²⁵ Als negativ galt es sowohl in seinem moralischen Gehalt und in seinen katastrophalen Auswirkungen, nicht zuletzt darin, dass nicht die Deutschen selbst, sondern dass fremde Mächte dem Nationalsozialismus ein Ende bereiteten und Deutschland besetzten. Während der antifaschistische Diskurs die Identifikation mit den »Befreiern« aus der Sowjetunion sowie mit den »fortschrittlichen Kräften des deutschen Volkes«, also jenen, die den Nationalsozialismus bekämpften, anbot, konnte im Rahmen der westdeutschen Erzählung zunächst kein positives Moment, keine Erzählung von »Befreiung« oder »Widerstand« entfaltet werden. Anders als im Osten gab es auch kein alternatives und bereits bestehendes geschichtsphilosophisches Konzept, auf das man bei der Konstruktion einer Geschichtserzählung hätte »umsteigen« können, sondern »allenfalls die Suche nach unbelasteten Traditionselementen, mit denen man hoffte, aus dem Schatten der Vergangenheit treten zu können«. ²⁶

Für die politische Elite Westdeutschlands und deren Vergangenheitspolitik blieb der Nationalsozialismus eine dunkle, letztendlich nicht analysierte Zeit: »Wir haben so verwirrte Zeitverhältnisse hinter uns, dass es sich empfiehlt, generell tabula rasa zu machen« erklärte Konrad Adenauer in einer Kabinettsitzung zur Vorbereitung des ersten Straffreiheitsgesetzes. ²⁷ In seiner Regierungserklärung vom 20. September 1949 führte der Kanzler aus: »Im Übrigen dürfen wir nicht mehr zwei Klassen von Menschen in Deutschland unterscheiden: die politisch Ein-

25 M. Rainer Lepsius: Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des »Großdeutschen Reiches«. In: M. Rainer Lepsius (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Göttingen 1993. S. 229–245 hier S. 229f.

26 Hans-Ulrich Thamer: Die westdeutsche Erinnerung an die NS-Diktatur in der Nachkriegszeit. In: Hans-Joachim Veen / Peter März (Hrsg.): Woran erinnern? Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur. Köln, Weimar, Wien 2003. S. 51–70, hier S. 52. Siehe auch Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. S. 59.

27 Kabinettsprotokoll 26.9.1949, zit. nach Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. S. 31.

wandfreien und die Nichteinwandfreien. Diese Unterscheidung muss baldigst verschwinden.« Da, wo es »vertretbar erscheint«, gelte es, »Vergangenes vergangen sein zu lassen, in der Überzeugung, dass viele für nicht schwerwiegende Schuld gebüßt haben.«²⁸ Adenauer reflektierte damit eine Grundüberzeugung der allermeisten Deutschen, nämlich Opfer einer ungerechten Behandlung zu sein.²⁹ Die Politik der frühen 50er Jahre versuchte an Kontinuitätslinien anzuknüpfen, die durch das »Dritten Reich« bis hin zur Weimarer Republik reichten und diese beim Aufbau des westdeutschen Nachkriegsstaats zu integrieren.³⁰ Der geschichtspolitische, moralische Nebeneffekt der Gesetzgebung³¹ war die Würdigung obrigkeitsstaatlich orientierter Loyalität. »Je stärker sich die neue politische Kultur zu legitimieren wusste, desto eher konnte das kollektive »Mitläufertum« akzeptiert werden, da die neue Institutionenordnung Kriterien bereitstellte, über die das eigene »Mitläufertum« subjektiv entmoralisiert werden konnte. War dieses durch Regimeeigenschaften entstanden, so war es nur durch neue Regimeeigenschaften zu »entlasten«.«³² Zudem konkretisierte die Gesetzgebung in der ersten Hälfte der 50er Jahre die Grenzen der demokratischen Werte: Gerät die Aufklärung der Nazi-Verbrechen, die Verfolgung der Täter, die Erziehung zu demokratischen Tugenden und die Ablösung von der nationa-

28 Konrad Adenauer, Regierungserklärung, 20.9. 1949. In: Klaus Stüwe (Hrsg.): Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder. Opladen 2002. S. 35–47, hier S. 42f. Zit. nach Katrin Hammerstein: Deutsche Geschichtsbilder vom Nationalsozialismus. S. 27.

29 Siehe Clemens Vollnhals (Hrsg.): Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945 – 1949. München 1991; Lutz Niethammer: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns. Berlin, Bonn 1982.

30 Siehe hierzu die Wirkung des Deutschen Beamtengesetzes (DBG). Curt Garner: Der öffentliche Dienst in den 50er Jahren: Politische Weichenstellungen und ihre sozialgeschichtlichen Folgen. In: Axel Schildt / Arnold Sywottek (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Bonn 1993. S. 759–790.

31 Erstes Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit vom 31.12.1949 und zweites Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit 17.7.1954. Siehe Norbert Frei: Vergangenheitspolitik; oder ders.: Vergangenheitspolitik in den fünfziger Jahren. In: Wilfried Loth und Bernd-A. Rusinek (Hrsg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt am Main 1998. S. 79–92., hier S. 81–88.

Zum 131er-Gesetz siehe Curt Garner: Der öffentliche Dienst in den 50er Jahren; Norbert Frei: Vergangenheitspolitik S. 69–99.

32 M. Rainer Lepsius: Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des »Großdeutschen Reiches«. S. 243.

listischen und militaristischen Tradition in Konflikt mit den Erfordernissen des Kampfes gegen den (Welt-)Kommunismus, so ist letzterem der Vorrang zu geben.

Parallel zur dieser Vergangenheitspolitik, die den Nationalsozialismus implizite ebenso verharmlosend wie vernebelnd als einen bedauerlichen Betriebsunfall der deutschen Geschichte behandelt, für dessen Zustandekommen den damaligen Akteuren keine »weiteren Nachteile« erwachsen dürften, vollzog sich die Debatte um die Ursachen des Nationalsozialismus und die deutsche Schuld.

In den Deutungen zum Nationalsozialismus spielten religiöse und irrationale Verstehensformen eine große Rolle. Man dämonisierte vor allem die Person Hitlers³³ und man sprach von der »satanischen Raffiniertheit« des Nationalsozialismus³⁴. Noch 1954 hieß es in einer Zeitschrift für Geschichtsdidaktik, »dass zur Vermittlung dieser Vergangenheit stärker der Religions- als der Geschichtslehrer gefordert sei.«³⁵ Sehr verbreitet war die Rede von »Deutschland als besetztem Land«³⁶, und davon, dass »Deutsche die ersten Gefangenen des Terrors waren« und die »letzten Opfer«³⁷. Dieser Diskurs der »Vergangenheitsabwehr und Schuldabwälzung«³⁸ wirkte für die Mehrheit der Deutschen, die schließlich nicht Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, sondern des

33 Vom interessierten Publikum gerne aufgegriffene Stichworte hierfür lieferten schon: Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe. Wiesbaden 1946.

34 Der Publizist Rudolf Pechel schrieb in seinem Buch: Deutscher Widerstand. Zürich 1947. S. 26f, 29: »Durch ein System, das in seine letzte Einzelheiten mit satanischer Raffiniertheit entworfen und durchgearbeitet war, gelang es dem Nationalsozialismus die totale Kontrolle über das deutsche Volk zu erlangen. ... Ganz Deutschland glich einem besetzten Lande«. Zit. nach Nicolas Berg: Lesarten des Judenmords. S. 152.

35 Siehe Heinrich Mohr: Die Schuldfrage in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 5(1954). S. 282–297, S. 292. Zit. nach Axel Schildt: Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit. In: Wilfried Loth / Bernd-A Rusinek (Hrsg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt am Main 1998. S. 19–54, hier S. 41.

36 Siehe Jan Eckel: Intellektuelle Transformationen im Spiegel der Widerstandsdeutungen. In: Ulrich Herbert (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Göttingen 2002. S. 140–176, hier S. 152f.

37 Ernst Friedlaender: Zum 20. Juli: Helden und Dulder. In: »Die Zeit« vom 17. Juli 1949. Zit. nach Nicolas Berg: Lesarten des Judenmords. S. 153

38 Edgar Wolfrum: Die beiden Deutschland. In: Volkhard Knigge / Norbert Frei (Hrsg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord. Bonn 2005. S. 153–169, hier S. 156f.

verlorengegangenen Krieges waren, befriedend und integrierend. Das ähnelte den oben beschriebenen integrativen Wirkungen des antifaschistischen Diskurses im Osten.

In der sogenannten »Schuldebatte« suchten auch wieder einige Rechtsintellektuelle, sich als politische und intellektuelle Gegenelite zu profilieren, freilich ohne sich dabei mit ihren Argumenten und Deutungsmuster von der Volksmeinung besonders weit abzusetzen.³⁹ Zur Schuldebatte gehörte das beständige publizistische Geraune um einen im wesentlichen eingebildeten Kollektivschuldvorwurf⁴⁰, die Behauptung eines deutschen und besonders für Demagogie anfälligen Nationalcharakters sowie sozialpsychologische Spekulationen über die manipulierte Masse. Dominierend – und übrigens der Steigerungsfigur der kommunistischen Deutung vom letzten, höchsten Stadium des Kapitalismus, vom »Faschismus« als Diktatur der »reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« sehr verwandt – war jene Deutung, die den Nationalsozialismus »als Kulminationspunkt jahrhundertelanger, abendländischer Säkularisierung«⁴¹ begriff. Die Kirchen, die sich als einzige noch »intakte Ordnungsmächte und ungebeugte Gegenspieler des NS-Regimes« verstanden, »äußerten sich zwischen 1945 und 1948 mit großer Regelmäßigkeit zur Schuldfrage. Vertreter beider Konfessionen verwahrten sich gegen Verurteilungen aus dem Ausland und machten die Kirchen zum Subjekt der Vergebung von Schuld.«⁴² Die Sühne für die Verfehlungen und ein Schutz vor weiteren Anfechtungen der materialistischen Massengesellschaft – so ihre Botschaft – sei nur durch christliche Lebensführung zu erlan-

39 Siehe Dirk van Laak: *Trotz und Nachurteil. Rechtsintellektuelle im Anschluß an das »Dritte Reich«*. In: Wilfried Loth / Bernd-A. Rusinek (Hrsg.): *Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*. Frankfurt am Main 1998. S. 55–77.

40 Axel Schildt: *Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit*. S. 29.

41 Ebenda. S. 31.

42 Jan Friedmann / Jörg Später: *Britische und deutsche Kollektivschuld-Debatte*. In: Ulrich Herbert (Hrsg.): *Wandlungsprozesse in Westdeutschland*. Göttingen 2002. S. 53–90, hier S. 69. Der Kölner Kardinal Frings stellte hierzu fest: »Das deutsche Volk ist viel mehr Opfer als Träger dieser Greultaten gewesen« und beklagte, dass die Deutschen nun Opfer gleich zweier Ungerechtigkeiten, zunächst die der Nazis und dann die der Siegermächte geworden seien. Der Paderborner Erzbischof Jaeger stellte im Sommer 1945 fest, dass das deutsche Volk sich schon deswegen und dadurch gegen den Nationalsozialismus gewehrt habe, weil es »der christlichen Religion treu blieb«. Ebenda S. 73, 70.

gen. Ganz ähnlich zielten auch andere Deutungen darauf ab, den Nationalsozialismus als etwas »eigentlich« nicht Deutsches, etwas von außen über die Deutschen Gekommenes zu zeigen. Damit empfahl sich die Wiederhinwendung zu konservativen christlichen Orientierungen – während man die eigentliche Gefahr für Deutschland, den Materialismus und den Kommunismus, weiterhin hinter der Ostgrenze verorten konnte.

Wie der ostdeutsche Diskurs zum Nationalsozialismus, so konstruierten auch die westlichen Deutungsmuster einen Weg, die eigene Nachkriegsgründung von der nationalsozialistischen Vorgeschichte »abzukoppeln«. Der ostdeutsche Diskurs deutete den Nationalsozialismus als Finalstadium der kapitalistischen Gesellschaftsformation, aus der man mit dem Aufbau des Sozialismus irreversibel ausgetreten sei. Der westdeutsche Diskurs deutete den Nationalsozialismus als einen eigentlich nicht deutschen Teil der Geschichte, als Zeit der »Irrungen und Wirrungen«, von der aus man nun wieder auf den traditionsreichen guten Pfad der deutschen Geschichte zurückgekehrt sei. In Ost wie West war das Böse jeweils außen: In der »refaschisierten«⁴³ Bonner »Ami-Kolonie«⁴⁴ oder im materialistischen Bolschewismus östlich der Elbe.

Im Westen spielte bald auch das antitotalitaristische Deutungsmuster eine große Rolle. Es war deswegen so wirksam, weil es sich auf die antibolschewistischen oder antikommunistischen Prägungen der ehemaligen Volksgenossen stützen konnte – und zugleich eine Basis bot, auf die sich »alte Volksgenossen« und »junge« Anhänger der bundesdeutschen Demokratie gleichermaßen einigen konnten. Am wichtigsten waren jedoch jene Implikationen des totalitarismustheoretischen Deutungsmusters, die sich auf Vergangenheit und Gegenwart bezogen: Aus dieser Perspektive wurde der Krieg gegen die Westmächte als ein durch das seit 1950 bestehende westliche Verteidigungsbündnis gewissermaßen in »tätige Reue« wiedergutmachter und »verziehener« Fehler interpretiert und der nationalsozialistische Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion – und damit auch die Verbrechen der Wehrmacht – wieder rehabilitiert. Die Leistungen »der Deutschen«, der Soldaten, Offiziere und »Spezialisten« waren somit weder »verwerflich« noch »umsonst« gewesen. Die ostdeutsche Deutung von der »Refaschisierung« der Bundesrepublik fand mit dem totalitarismustheoretischen Deutungs-

43 Siehe oben die Formulierung von der »Neuaufgabe des Faschismus auf Atombasis« sowie Anm. 16.

44 Monika Gibas: »Bonner Ultras«, »Kriegstreiber« und »Schlotbarone«. S. 90.

muster sein westdeutsches Pendant. Im Westen propagierte man man, das in der »Ost-Zone« die Fortexistenz des »Dritten Reiches«, bei dem sich »nur die Embleme« gewandelt hätten.⁴⁵

Eine über die Stigmatisierung der DDR oder des Kommunismus hinausgehende *positive* Verknüpfung von Ereignissen aus dem »Dritten Reich« mit der bundesdeutschen Demokratie war lange Zeit nicht möglich. Die immer wieder als »Eidbrecher« stigmatisierten Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944 konnten erst im Zusammenhang mit dem Aufstand vom 17. Juni 1953 als Legitimations-Ressource aufgetan werden. »Der in der breiten Öffentlichkeit populäre und als positiv wahrgenommene Aufstand des 17. Juni stützte den bis dahin noch in weiten Kreisen negativ beurteilten 20. Juli in der kollektiven Erinnerung der Bundesdeutschen ab und spielte die herausragende Rolle für die allmählich anwachsende Akzeptanz des Hitler-Attentats.«⁴⁶ In ihrer Parallelisierung lieferten der 20. Juli 1944 und der 17. Juni 1953 der an beiden Ereignissen unbeteiligten westdeutschen Bevölkerung den »doppelten Beweis«⁴⁷, dass »das deutsche Volk«, wie es 1954 das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung verlauten ließ, doch die »innere Kraft aufbringe, sich gegen Diktatur und Willkür zur Wehr zu setzen«.⁴⁸ Damit wurde auch die künstliche Trennung zwischen »uns Deutschen« und des – irgendwie von außen kommenden – Nationalsozialismus abgestützt. So meinte Carlo Schmid 1956 feststellen zu können: Der 17. Juni »hat viele Flecken hinweggewaschen, mit denen das ruchlose Regime des Nationalsozialismus unseren Namen beschmutzt hat. Dies gibt uns Deutschen wieder das Recht, auch in der Mitte von Völkern, die ihren Kampf um die Freiheit schon längst gewonnen haben, das Haupt hoch zu tragen.«⁴⁹

Diesem Deutungsmuster entsprachen auch die »Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht«, die die bundesdeutschen Kultusminister als verbindlich für den Schulunterricht verabschiedeten. Danach sollte bei der Darstellung »des kommunistischen und nationalsozialistischen Totalitarismus die verwerfliche Zielsetzung und verbrecherischen Methoden vor Augen geführt werden«. Und auch in der staatsoffiziellen Repräsentation schien man zu glauben, dass der 17.

45 So Bundespräsident Theodor Heuss 1952. Zit. nach Katrin Hammerstein: Deutsche Geschichtsbilder vom Nationalsozialismus. S. 29.

46 Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. S. 79.

47 Ebenda. S. 195.

48 Ebenda. S. 78.

49 Carlo Schmid in einem SWR-Interview am 17. Juni 1956. Ebenda. S. 385.

Juni 1953, so der Historiker Theodor Schieder 1964 in einer Rede beim Staatsakt zum 17. Juni 1953, »der Tag unserer geschichtlichen Rehabilitation als Nation«⁵⁰ sei.

Der bundesdeutsche Diskurs zum Nationalsozialismus wirkte also auf die Westdeutschen in ähnlicher Weise wie der antifaschistische Diskurs im Osten sozialpsychologisch beruhigenden: Man konnte im Schutze einer *allgemeinen* und entkonkretisierten Thematisierung der Vergangenheit von persönlichen schuldhaften Verstrickungen oder denen im persönlichen Nahfeld absehen. Mit kritischem Blick auf die Thesen von Hermann Lübke⁵¹ stellt der Historiker Axel Schild fest, dass sich die »gewisse Stille« doch wohl nur auf das »Ruhenlassen und Verdunkeln von Biographien« beziehe – von einem Beschweigen des »Dritten Reiches« schlechthin, jedoch keine Rede sein könne. Für den Westen lässt sich eher »von einer geradezu inflationären Thematisierung einer für viele ja ›schönen‹ Zeit ausgehen, und diese beschränkte sich nicht auf verstohlene oder halböffentliche Gespräche ... sondern zeigte sich auch in einer beispiellosen publizistischen Erinnerungsjunktur, in der Geschichte selektiv wahrgenommen und mittels der Sprache Sachverhalte wie mit einem Weichzeichner entschärft oder verfremdet wurden.«⁵² Nach der Integration der NS-Belasteten Anfang der 50er Jahre kam über die bundesdeutsche Öffentlichkeit eine »Schwemme von Offiziers-tagebüchern, anekdotenhaften Memoiren aus dem Dunstkreis der NS-Führungselite und Mitläuferrechtfertigungen.« Sie zeichneten ebenso das Bild von der Vergangenheit wie fiktionale Literatur oder die weit verbreiteten Landserhefte. »Der breite Strom apologetischer Literatur, die das Bild des Nationalsozialismus beschönigte und verfälschte, ... fand Eingang in die allgemeine Öffentlichkeit.« Als »Einfallstor« dienten die großen Illustrierten mit ihrer neuen Gattung, dem »Tatsachenbericht«.⁵³

50 Edgar Wolfrum: in der Bundesrepublik Deutschland. S. 192.

51 Hermann Lübke: Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein. In: Historische Zeitschrift 236(1983). S. 579–599; ders.: Verdrängung? Über eine Kategorie zur Kritik des deutschen Vergangenheitsverhältnisses. In: Forum für Philosophie Bad Homburg (Hrsg.): Zerstörung des moralischen Selbstbewußtseins: Chance oder Gefährdung? Praktische Philosophie in Deutschland nach dem Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1988. S. 217–228.

52 Axel Schild: Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit. S. 21.

53 Ebenda. S. 38f.

Die jeweiligen Diskurse zur nationalsozialistischen Vorgeschichte der beiden deutschen Nachkriegsstaaten prägten insbesondere die Nachkriegsgeneration in Ostdeutschland und Westdeutschland.⁵⁴ Es ist jene Generation, die 1945 Jugendliche und junge Erwachsene waren. In den 50er Jahren befanden sie sich in der Phase der Ausbildung und Professionalisierung. Von ihrer Sozialisation im »Dritten Reich« her waren die jungen Leute es gewohnt, sich diszipliniert und engagiert an Autoritäten zu richten und so wurden sie auch konforme Mitmacher in der jeweils neuen Ordnung. Die Bearbeitung ihrer Erlebnisse während des Nationalsozialismus und die Öffnung ihres geistigen Horizonts während der Phase der Ausbildung und Professionalisierung erfolgte in den Formen und geistigen Bahnen der ideologisch unterschiedlich kodierten Leitdiskurse in Ost und West.

Im Westen steht die Nachkriegsgeneration »weder auf der Seite der Angeklagten, noch kann sie sich auf die Seite der Ankläger schlagen«⁵⁵ – und so tauchten sie gewissermaßen in Richtung Zukunft unter dem Problem der NS-Vergangenheit hindurch. Was bestimmte Personen während der NS-Zeit getan hatten, wurde weniger aus prinzipiellen Gründen thematisiert, sondern dann, wenn einstige Nazis die Karriere und den Lebensentwurf der »45er« in der demokratischen Bundesrepublik behinderten. In einer Kampagne der Gewerkschaft ÖTV anlässlich der Enttarnung des Leiters des rheinland-pfälzischen Landeskriminalamtes als Massenmörder und seiner Verhaftung wurde im September 1959 skandalisiert, dass diese Gruppen »erfahrungsgemäß wie Pech und Schwefel« zusammenhielten, »um anderen hochqualifizierten, politisch unbelasteten Kriminalbeamten den Aufstieg zu versperren.«⁵⁶

Der ostdeutsche Teil der Nachkriegsgeneration⁵⁷ hatte es mit dem sozialen Aufstieg leichter und das stand in direktem Zusammenhang mit der antifaschistischen Variante des Umgangs mit der nationalsozia-

54 Detailliert siehe Thomas Ahbe: Deutsche Generationen nach 1945. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage der Wochenzeitung *Das Parlament*. B 3/2007 vom 15. Januar 2007. S. 38–46.

55 Heinz Bude: Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen von Aufsteigern aus der Flakhelfer-Generation. Frankfurt am Main 1987. S. 69.

56 Patrick Wagner: Die Resozialisierung der NS-Kriminalisten. In: Ulrich Herbert (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Göttingen 2002. S. 179–213, hier S. 197.

57 Zu den Generationen der DDR und Ostdeutschland siehe Thomas Ahbe / Rainer Gries: Gesellschaftsgeschichte als Generationengeschichte. In: Annegret Schüle / Thomas Ahbe / Rainer Gries (Hrsg.), Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur, Leipzig 2005. S. 475–571.

listischen Vergangenheit.⁵⁸ Die neuen Machthaber im Osten ermöglichten den jungen Leuten einen Bildungsaufstieg, wie es ihn weder für die Jahrgänge vor noch nach der »Aufbau-Generation« gab. Noch relativ jung, nahm diese Generation bald jene Positionen ein, die wegen der Entnazifizierung, der antibürgerlichen Umgestaltung und der permanenten Abwanderung von Fach- und Führungskräften in den Westen neu besetzt werden mussten. Dafür hatten sie sich zum Antifaschismus und später zum Sozialismus zu bekennen sowie den politischen und moralischen Führungsanspruch der »Misstrauischen Patriarchen«⁵⁹ zu akzeptieren. Ein großer Teil der Aufbau-Generation übernahm diese Orientierungen, zog so »die richtigen Lehren« aus der deutschen Schuld und beschrift begeistert den Weg der Verheißung in eine »neue Gesellschaft ohne Ausbeutung und Krieg«. Der große Rest der Generation reagierte aber nüchtern, pragmatisch, im Selbstverständnis unpolitisch und unideologisch auf dieses Angebot. Man arrangierte oder fügte sich, sprach am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit oder auch in der Partei die Sprache der Partei, und hielt gleichzeitig innere Distanz zu den offiziellen politischen Werten.

Die Haltung, mit der sich die ost- und die westdeutsche Nachkriegsgeneration in ihre Gesellschaften integrierten, ähneln sich. Diese Haltung kann als *konformes Mitmachen* beschrieben werden, als starke Orientierung auf die Zukunft. Dass die Angehörigen der ersten Nachkriegsgeneration weder in Westen noch im Osten die Vorgeschichte, die ältere Kollegen, Ausbilder, Lehrer und Professoren im »Dritten Reich«, thematisierten, liegt wohl nicht nur an der Zukunftsorientierung und der geringen (Lebens)Erfahrung der jungen Erwachsenen. Man kann darin auch die Wirkung der jeweiligen Diskurse zum Nationalsozialismus erkennen. Denn der ältere Kollege oder der Professor entsprach weder dem Bild, das der West-Diskurs, noch dem, welches der Ost-Diskurs von den Tätern zeichnete. Die westdeutsche Erzählung von den nationalsozialistischen Verbrechern zeichnet ein Bild, das auf Angehörige nichtbürgerliche Schichten zutraf, also »Asoziale und Vorbestraf-

58 Mit Blick auf den Osten wird von einer »instrumentalisierten politischen Säuberung« und mit Blick auf den Westen von einer »bürokratischen Säuberung« gesprochen. Siehe Klaus-Dietmar Henke / Hans Woller (Hrsg.): Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg. München 1991. S. 10–15.

59 Zu den Generationen-Etiketten siehe Thomas Ahbe / Rainer Gries: Gesellschaftsgeschichte als Generationengeschichte.

te«⁶⁰, den SA-Schläger der »Kristallnacht« oder den KZ-Bewacher. Das Bild der ostdeutschen Erzählung vom Nazi-Täter zeigte hingegen den »Kapitalisten«, den »Junker« oder den »Militaristen«. Beide soziale Charakterformen waren im Wirkungsbereich dieser Diskurse kaum anzutreffen. Die jeweils unterschiedlichen Vergangenheits-Diskurse hatten so in den beiden sich sehr unterscheidenden Nachkriegsgesellschaften ein Täter-Bild gezeichnet, dass die Täter unkenntlich machte.

2.3. Die Vergangenheitsdiskurse in West und Ost in den 60er Jahren

Mit der Wende zu den 60er Jahren beginnen sich die bis dahin eher spiegelverkehrt gleichenden Diskurse zur nationalsozialistischen Vorgeschichte stärker voneinander abzulösen. Der westdeutsche Diskurs zur nationalsozialistischen Vorgeschichte wurde dynamischer, konfliktreicher und differenzierter. Der antifaschistische Diskurs im Osten entwickelte sich demgegenüber weniger. Das hat zum einen damit zu tun, dass in der Öffentlichkeit der DDR neutrale, indifferente oder positive Bezüge zum »Dritten Reich« faktisch nicht mehr zu beobachten waren.⁶¹ Zum anderen war die personelle Kontinuität der DDR-Funktionselite viel geringer als im Westen. Hinzu kam, dass die diktatorische Herrschaft jener Gruppe, die aus Gegnern und Opfern des Nationalsozialismus bestand, beziehungsweise sich über den Antifaschismus legitimierte und die die ostdeutsche Öffentlichkeit weitgehend zu kontrollieren vermochte, alle Versuche der jüngeren Generationen, den antifaschistische Diskurs zu modifizieren und weiterzuentwickeln, zunichte machte.

In der Bundesrepublik vollzog sich zwischen dem Ende der 50er und dem Beginn der 60er Jahre mit dem Aufstieg der »45er-Generation«⁶² in die Führungspositionen der erste wichtige Generationswech-

60 Adenauer. Teegespräche 1950–1954. Bearbeitet von Hans Jürgen Küsters. Berlin 1984. S. 219. Unter den Gefangenen der Alliierten, so Adenauer im Bundestag am 17.9.1952 sei »ein kleiner Prozentsatz von absolut asozialen Elementen«, der »wirkliche Verbrechen« begangen habe. Deutscher Bundestag I. Wahlperiode. S. 10492ff. Zit. nach Ulrich Herbert: NS-Eliten in der Bundesrepublik. S. 111.

61 Zur Situation im Westen siehe Axel Schildt: Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit. S. 38f.

62 Die erste Nachkriegsgeneration des Westen wird als 45er bezeichnet. Siehe Dirk Moses: Die 45er. Eine Generation zwischen Faschismus und Demokratie. In: Neue Sammlung 40(2000). S. 233–263.

sel. Bis in die 60er Jahre hinein bestand die westdeutsche Verwaltungselite aus Beamten, die in der Weimarer Republik und im »Dritten Reich« geprägt und beschäftigt waren. In den 60er Jahren ging innerhalb kurzer Zeit diese Generation in Pension und wurde Verwaltungsjuristen ersetzt, die Ende der 40er und in den 50er Jahren sozialisiert wurden.⁶³ Auch bei jenen, die die politische Öffentlichkeit prägten, kam es in den 60er Jahren zu einem folgenreichen Generationswechsel. Zu Beginn der 60er Jahre setzte mit der Pensionierung der den Nachkriegsjournalismus prägenden »Wilhelminer«⁶⁴ ein Stilwechsel vom obrigkeitsstaatlich gesteuerten Konsensjournalismus hin zu einer produktiven »Orientierungskrise«, in der die partizipativen Elemente der Demokratie journalistisch betont wurden. Zugleich gerieten die »45er« aber auch wegen ihres Schweigebündnisses, das sie mit den »Wilhelminern« und den Trägergenerationen des »Dritten Reichs« eingegangen waren, bei der sich formierenden Generation der »68er« in Kritik.⁶⁵

Insgesamt begann sich das geistige Klima zum Ende der 50er Jahre hin zu ändern. Das Stand in Wechselwirkung mit der Thematisierung der nationalsozialistischen Verbrechen. Bis dahin war in der Bundesrepublik vom Massenmord an den Juden »kaum die Rede, in der Öffentlichkeit schon gar nicht, aber auch die westdeutsche Geschichtswissenschaft forschte nicht bevorzugt über ihn.«⁶⁶ Doch die Situation begann sich zu ändern. In Folge des Ulmer Einsatzgruppen-Prozess (1957) wurde 1958 die »Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialis-

63 Michael Ruck: Kontinuität und Wandel – Westdeutsche Verwaltungseliten unter dem NS-Regime und in der alten Bundesrepublik. S. 133f.

64 Christina von Hodenberg ordnet ihnen die Jahrgänge 1880 bis 1890 zu. Die Jahrgänge der von 1900 bis 1920 Geborenen spielten – sofern es nicht um die Minorität der NS-Gegner oder -Verfolgten handelte, keine im Mediensystem spezifische Rolle. Siehe Christina von Hodenberg: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973. Göttingen 2006. S. 85.

65 Sibylle Hübner-Funk wirft den »45er« vor, dass sie ihre emotionalen Verpflichtungen gegenüber den »68ern« verletzt hätten, weil sie nicht offen über die Loyalitäten ihrer Jugend redeten. Dieses Schweigen habe das Fortbestehen einer rechtslastigen kulturellen Unterströmung zu Folge gehabt. Siehe Sibylle Hübner-Funk: Loyalität und Verblendung. Hitlers Garanten der Zukunft als Träger der zweiten deutschen Demokratie. Potsdam 1998. S. 332.

66 Edgar Wolfrum: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung. Göttingen 2001. S. 109. Siehe auch die Darstellungen bis 1957 bei: Werner Bergmann: Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989. Frankfurt am Main, New York 1997.

tischer Verbrechen« in Ludwigsburg eingerichtet. Im Jahr 1959 hielt Adorno seinen viel beachteten und zur Karriere des Terminus bedeutsamen Rundfunkvortrag »Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?«. 1961/62 schließlich lenkte der Eichmann-Prozess in Jerusalem und 1965 der Auschwitz-Prozess in Frankfurt am Main die Aufmerksamkeit auf den Mord der Deutschen an den europäischen Juden. Nun begannen sich die westdeutschen Historiker intensiver mit dem Judenmord zu beschäftigen.⁶⁷

Die Thematisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Bundesrepublik, die seit dem Ende der 50er Jahre vor allem von Angehörigen der 45er-Generation getragen wurde, erfuhr ihre Fortführung und Zuspitzung durch die Aktivisten der 68er-Generation, die sich durch Ausdehnung und Radikalisierung der Kritik ihrer Vorläufergeneration zu emanzipieren suchten. Der Historiker Ulrich Herbert meint hierzu, dass die nun spektakulär inszenierte Kritik an der unaufgearbeiteten nationalsozialistischen Vorgeschichte der Bundesrepublik eher Mittel zum Zweck war: »Betrachtet man jedoch die Formen und Rituale der »Vergangenheitsbewältigung« in den 60er Jahren im Umfeld der neuen Oppositionsbewegung, so wird man schwerlich feststellen können, dass die intensive Auseinandersetzung mit der NS-Herrschaft einen Schwerpunkt ihrer Kritik und internen Debatten dargestellt hätte. Vielmehr scheint es eher so, als sei der Bezug auf das NS-Regime zunächst als Chiffre für die kritisierten Elemente der westdeutschen Gesellschaft verwandt worden: Die Liberalitäts- und Modernitätsdefizite der Bundesrepublik wurden – zutreffend oder nicht – als Ausdruck der weiterwirkenden Traditionen des »Faschismus« begriffen und dadurch unrettbar delegitimiert.«⁶⁸ Der den »68ern« zurechenbare Schriftsteller Peter Schneider formuliert rückblickend zu dieser Zeit: »Alles reimt sich auf Faschist«. Kein Wort sei von den 68ern häufiger gebraucht worden als dieses: Polizisten, liberale Professoren, Gewerkschaftler und bürgerlich Politiker waren »Faschisten« und die Verhältnisse überhaupt »faschistoid«.⁶⁹ Die Modernitäts- und Liberalitätsdefizite der bundesdeutschen Gesellschaft in den 60er Jahren wiesen sowohl Elemente auf, die aus dem »Dritten Reich« stammten, hatten aber auch ältere Ursprünge.

67 Siehe ebenda. S. 110f.

68 Ulrich Herbert: Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze. In: Ulrich Herbert (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Göttingen 2002. S. 7–49, hier S. 47.

69 Peter Schneider: Alles reimt sich auf Faschist. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 26. März 2002. S. 49.

Das jeweilige Mischungsverhältnis interessierte aus dieser Perspektive weniger. »Vielmehr stand die Auseinandersetzung mit den »autoritären Strukturen« im Vordergrund und hatte in den Liberalitätsdefiziten der westdeutschen Gesellschaft der frühen 60er Jahre auch seine Berechtigung und ein erhebliches Aufgabenfeld. Die 68erBewegung und ihre Nachfolger nutzten die Delegitimationsmöglichkeit der überkommenen, vorwiegend wilhelminischen Traditionen durch die Verbindung mit dem Nationalsozialismus. Diese Delegitimation hatte zur Folge, dass die Kritik an den vorgefundenen Verhältnissen schnellere und wirksamere Erfolge nach sich zog, weil ohne die gezogene Verbindung zum NS-Regime antiliberalen Bastionen nicht hätten geschleift werden können.«⁷⁰

Dynamik und Ausrichtung des NS-Diskurses dieser Generation reagierte also nicht nur auf den in den letzten Dekaden aufgebauten Problematisierungsstau und der Re-Etablierung der Trägerschichten des »Dritten Reiches« und deren Ansichten. Sie entsprang auch neuen Formen der informellen politischen Kommunikation, die sich auf die Kultur- und Lebensstile der Jugend in den 60er Jahren stützten, und waren somit Teil eines konflikthaften Modernisierungsschubes. Diese plakative und instrumentelle Thematisierung der nationalsozialistischen Vorgeschichte ging einem erst in den 80er Jahren dann weit entfaltetem Diskurs voraus, der Opfer- und Tätergruppen des Nationalsozialismus immer differenzierter beschrieb⁷¹ – und später zum Maßstab für die Beurteilung des DDR-Antifaschismus werden sollte.

In der Dekade seit dem Ende der 50er Jahre zeigte sich schon zum ersten Mal, wie der Wandel des westdeutschen Diskurses zum Nationalsozialismus vom Generationswechsel angetrieben *und* durch die Demokratie ermöglicht wird.

Die mit der 45er-Generation vergleichbare ostdeutsche Aufbau-Generation wurde in besonderer Weise vom Mauerbau getroffen. Ihre Angehörigen waren gut ausgebildet, aber noch jung genug, um in der Bundesrepublik neu anzufangen. Für viele von ihnen war bis zum August 1961 der Weggang in den Westen immer eine Lebensoption geblieben. Mit der Grenzschießung wurde die Frage, ob man für sich eine Lebensperspektive in der DDR sieht, schlagartig beantwortet. Fortan

70 Ulrich Herbert: Liberalisierung als Lernprozess. S. 47f.

71 Paradigmatisch in der Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985. Siehe Helmut Dubiel: Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des deutschen Bundestages. München 1999. S. 210f.

war diese Generation noch stärker an die DDR gebunden. Obwohl die Aufbau-Generation zur selben Zeit wie die »45er« begann, die oberen und mittleren Führungspositionen altershomogen zu besetzen, hatte sie weiterhin das auszuführen, was die kleine Gruppe der »misstrauischen Patriarchen« in den Spitzenpositionen vorgaben. So ersetzten immer mehr pragmatisch und technokratisch orientierte Funktionsträger die harten Ideologen. Damit änderte sich in der DDR der 60er Jahre eher der Ton und das Klima, nicht aber die Grundstrukturen des diktatorischen Systems. Dass der Aufstieg der 45er-Generation und die Radikalisierung des Vergangenheits-Diskurses durch die »68er« im Osten kein Pendant fand, hängt allerdings nicht nur mit der diktatorischen Machtausübung und der Zensur, sondern auch dem in der ostdeutschen Gesellschaft dominierenden Antifaschismus zusammen.

In den 60er Jahren waren die Träger- und Tätergruppen des Nationalsozialismus längst geflüchtet, vertrieben, deklassiert, aber auch integriert – und als solche depotenziert. In der Öffentlichkeit der DDR konnten neutrale oder positive Bezüge zum »Dritten Reich« nicht präsentiert werden: Es gab keine Soldatenverbände, keine Vertriebenenverbände und -Veranstaltungen, keine Landserhefte, keine Kasernenamen mit Wehrmachtstradition, und niemand konnte seine Orden aus der Zeit des »Dritten Reichs« öffentlich tragen. Bekenntnisse zu nationalsozialistischem Gedankengut waren in der Öffentlichkeit hochriskant und in die Privatheit verbannt. Natürlich gab es auch in der DDR Staatsbedienstete, auch Professoren, überdies Fach- und Führungskräfte, die ehemals Nationalsozialisten gewesen waren⁷² – aber sie konnten ihre Einstellung nicht in der Öffentlichkeit präsentieren. Das ist nicht nebensächlich für das gesellschaftliche Klima. Zwar erlebten Jugendliche und jungen Erwachsene in der DDR – ähnlich wie die Gleichaltrigen in der Bundesrepublik – bei ihren Lehrern, Professoren und Vorgesetzten *auch* nationalistische Überlegenheitsattitüden, autoritäre Formen der

72 Zur Quote der einstigen NSDAP-Mitglieder unter der ostdeutschen Professorenschaft siehe Ralph Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerlandschaft in der Ulbricht-Ära. Göttingen 1999. S. 274. Zur Industrie siehe Jürgen Danyel: Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis der ostdeutschen Eliten. In: Peter Hübner (Hrsg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zu einer Sozialgeschichte der DDR. Köln, Weimar, Wien 1999 S. 67–85 sowie Georg Wagner-Kyora: Loyalität auf Zeit – zur Identität der Management-Elite der DDR-Chemieindustrie in den fünfziger Jahren. In: Ebenda, S. 299–308, zum Militär siehe Daniel Niemetz: Das feldgraue Erbe. Die Wehrmachtseinflüsse im Militär der SBZ/DDR. Berlin 2006.

Kommunikation und Konfliktbewältigung oder die rigide Abwertung von »unnormalen« oder »krankhaften« Kulturformen und Lebensweisen – um nur einige aus dem Nationalsozialismus stammende Wahrnehmungs-, Sprach- und Verhaltensmuster zu nennen, die auch in der DDR nicht verschwunden waren. Jedoch waren sie hier sozusagen antifaschistisch und sozialistisch überformt. Gegen eine solche Gemengelage von Altem und Neuem war keine Rebellion zu entfalten, die ebenso selbstgewiss, plausibel, moralisch treffsicher und schließlich mobilisierend sein konnte, wie die Rebellion der westdeutschen Gleichaltrigen gegen imaginierte wie institutionalisierte Machtpositionen »alter Nazis« und deren moralischen und geistigen Einfluß auf die Bundesrepublik.⁷³

2.4. Die Vergangenheitsdiskurse in West und Ost in den 70er und 80er Jahren

In den letzten beiden Dekaden schien sich im DDR-Diskurs abermals weniger zu verändern als im bundesdeutschen Diskurs zum Nationalsozialismus. Die einmal erreichten Positionen und Analysen der antifaschistischen Sicht auf den Nationalsozialismus wurden im Detail vertieft. So kam es unter anderem auch zu differenzierteren Sichtweisen auf den christlichen oder den militärischen Widerstand. Zudem war es nach der Machtübernahme von Erich Honecker, der als Funktionär des kommunistischen Jugendverbandes 1935 von den Nazis verhaftet und 1937 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, zu einer geschichtspolitischen Aufwertung des kommunistischen Widerstandes im deutschen Untergrund, in den KZ und Zuchthäusern.⁷⁴ Diese neuen

73 Die einzig schlüssige Richtung einer politischen Auflehnung hätte ein Angriff auf die diktatorische Verfaßtheit des DDR-Sozialismus sein können, also eine Rebellion in einer Diktatur gegen eine Diktatur.

74 Bis dahin dominierte die im Jahr 1958 endgültig durchgesetzte Ulbrichtsche Deutung dergemäß der Widerstand in Deutschland von der KPD-Führung in Moskau »geführt« wurde. Im Jahr 1958 hatte beispielsweise Georg Spielmann, neuer Organisationssekretär des Komitees Antifaschistischer Widerstandskämpfer auf einer Sitzung die rhetorische Frage gestellt: »Wo lag in Deutschland die Führung des antifaschistischen Kampfes?« und als Antwort gegeben: »Da, wo die Brüssler und Berner Konferenz getagt hat ... da, wo Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und andere gesessen haben.« Olaf Groehler: Verfolgten- und Opfergruppen im Spannungsfeld der politischen Auseinandersetzungen in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik. S. 29.

Nuancierungen änderten jedoch nichts an dem ritualisierten und monolithischen Erscheinungsbild des Antifaschismus in der DDR.

In der Bundesrepublik waren die neuen Akzente in der offiziellen Deutung des Nationalsozialismus – vermittelt über die Parteienkonkurrenz medial verstärkt – viel spektakulärer. Zur Ikone wurde der Kniefall von Bundeskanzler Willy Brandt am 7. Dezember 1970 in Warschau. Die Kommentare der Repräsentanten der Bundesrepublik zu den Verbrechen des Nationalsozialismus variierten entsprechend der politischen Lagerzugehörigkeit. So stellte der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl im April 1976 fest, die jüngste Deutsche Geschichte schließe das »Schreckliche von Auschwitz Majdanek und Treblinka mit ein, ... aber auch den Grafen Stauffenberg und die Männer und Frauen des 20. Juli – des Aufstandes gegen die Hitlerbarbarei«. Er verknüpfte diese Feststellung mit der Aufforderung, dass man heute auch den »kommunistischen Totalitarismus, der mitten in Deutschland in der DDR jeden Tag erneut die Menschen unterjocht« bekämpfen müsse.⁷⁵ Das war noch ganz im Stile des Antikommunismus der 50er Jahre. Ein Jahr später, 1977, thematisierte mit Helmut Schmidt zum ersten mal in der bundesdeutschen Geschichte ein Bundeskanzler das KZ Auschwitz-Birkenau. Im darauffolgenden Jahr sprach Schmidt im Hinblick auf den vierzigsten Jahrestag des November-Programms davon, dass auch junge Leute heute »noch mitschuldig werden [können], wenn sie ihre aus dem damaligen Geschehen erwachsene heutige und morgige Verantwortung nicht erkennen« würden.⁷⁶ Das war 1978. Im Sommer dieses Jahres diskutierte die politische Klasse der Bundesrepublik sehr kontrovers, ob die Serie *Holocaust* im Deutschen Fernsehen gezeigt werden dürfte. Einer der entschiedensten Gegner war der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, der im Ankauf der Serie durch den WDR einen Propaganda-Coup des SPD-Präsidiums vermutete. »Bayern drohte, sich aus den gemeinsamen Sendungen der ARD auszublenden, wenn *Holocaust* im Ersten Fernsehprogramm gesendet würde. Eine Kompromisslösung fand sich schließlich in der Zusammenschaltung aller Dritten Programme der deutschen Fernsehsender – ein einmaliges Ereignis in der Geschichte des

75 Jeffrey Herf: *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*. Berlin 1998. S. 413f.

76 Ebenda. S. 409f.

Fernsehens der Bundesrepublik.«⁷⁷ Die Folge wurde im Januar 1979 ausgestrahlt und veränderte die Art, mit der das »Dritte Reich« bis dahin in der Bundesrepublik thematisiert wurde, nachhaltig. Heinrich Böll meinte im März des Jahres: »Es sieht so aus, als würde es in Zukunft ein »Vor-Holocaust« und ein »Nach-Holocaust« geben, wenn sich jemand – gleich auf welcher Ebene – mit Endlösung und Antisemitismus beschäftigen wird.«⁷⁸ Im Sommer des gleichen Jahres fand sich der Bundestag zur vierten Verjährungs-Debatte zusammen. Es wurde die letzte Verjährungs-Debatte, weil sich nun eine Mehrheit dafür fand, für Mord und Völkermord keine Verjährung mehr vorzusehen und die Möglichkeit zu eröffnen, wenigstens einem Teil⁷⁹ der künftig ermittelte NS-Verbrecher zur Rechenschaft zu ziehen.⁸⁰

Dennoch bleibt der offizielle Diskurs zum Nationalsozialismus, seinen Tätern und Opfern weiterhin nicht von Rückschritten und Einseitigkeiten frei. Wie lange tradierte Sichtweisen und Identitäten weiterwirkten, zeigt der Umstand, dass sich Bundeskanzler Kohl anlässlich seines Israel-Besuchs im Jahre 1984 mit seiner Formulierung von der »Gnade der späten Geburt« *immer noch* mit dem Kollektivschuld-Vorwurf auseinandersetzte.⁸¹ Ein Jahr später und wenige Tage vor der problematischen und schon im Vorfeld skandalisierten Zeremonie auf dem Friedhof in Bitburg⁸² bezog sich der Bundeskanzler dann in seiner Rede

77 Yizhak Ahren / Christoph Melchers / Werner Seifert / Werner Wagner: Das Lehrstück »Holocaust«. Zur Wirkungspsychologie eines Medienereignisses. Opladen 1982. S. 10. Die Serie wurde im Januar 1979, am 22., 23., 25. und 26., jeweils um 21 Uhr ausgestrahlt. Das sie im Dritten Programm lief und die Dritten in der DDR nicht zum empfangen waren, konnten die Zuschauer in der DDR die Serie nicht sehen.

78 Zit. nach Paul Karalus: nun Bewältigt mal schön. Anmerkungen eines Dokumentarfilmers nach »Holocaust«. In: Medium 3/1979. S. 10, siehe Yizhak Ahren / Christoph Melchers / Werner Seifert / Werner Wagner: Das Lehrstück »Holocaust«. S. 20.

79 Im Zuge der sogenannten »Kalten Verjährung« von 1968/69 wurden aufgrund der Verjährbarkeit von »Beihilfe zum Mord« die bereits aufgenommenen Ermittlungen gegen 300 ehemalige Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes, die der Beihilfe zur Ermordung von Tausenden polnischen Zivilisten verdächtigt wurden, eingestellt. Siehe: Marc von Miquel: Juristen: In eigener Sache. In: Norbert Frei (Hrsg.): Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945. Frankfurt am Main 2001. S. 181–237, hier S. 227f.

80 Das geschah nach dreimaliger Verlängerung der Verjährungsfrist in den Verjährungsdebatten von 1960, 1965 und 1969. Argumente und Abstimmungsergebnisse siehe Jeffrey Herf: Zweierlei Erinnerung. S. 398ff.

81 Jeffrey Herf: Zweierlei Erinnerung. S. 414.

82 Ebenda. S. 415ff.

in der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen auf ein ungewohnt breites Spektrum von NS-Opfern. Er erwähnte »die Verfolgung von Zigeunern und Geisteskranken, die drei Millionen sowjetischen Soldaten, die in deutscher Kriegsgefangenschaft gestorben waren, das in Mittel- und Osteuropa verursachte Leid, die zwanzig Millionen Sowjetbürger, die im Krieg umgekommen waren, aber auch jene Deutschen, die am Ende des Krieges die Vergeltung für die Verbrechen der Nationalsozialisten erlitten hatten.«⁸³

Als einen Meilenstein bei der bundesdeutschen Anerkennung der nationalsozialistischen Vorgeschichte und der daraus resultierenden Schuld gilt die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1945. In den 80er Jahren hatte sich in der politischen Elite wie auch beim Wahlvolk ein Generationswechsel bemerkbar gemacht. Die Jahrgänge, die den Nationalsozialismus ge- oder ertragen hatten, gehörten nun zu einer Minderheit. Ein deutliches Zeichen des Generationswechsels war schon 1983 der Einzug der Grünen Partei in den Bundestag gewesen. Darüber hinaus schien sich auch außerhalb der Bundesrepublik ein Wandel zu vollziehen. Mit der Perestroika verlor der Feind im Osten für die Westdeutschen etwas an Bedrohlichkeit. Weizäckers Rede ist damals als Sensation empfunden worden. »Der ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt konnte zwar vor dem Mahnmal des Warschauer Ghettos niederknien, und die deutschen mochten in diese stumme Geste projizieren, was sie wollten. Brandt hätte kraft seiner Biographie niemals in einer vergleichbaren Authentizität [wie Weizsäcker] im Namen der deutschen Tätergeneration sprechen können.« Weizsäcker jedoch sprach am 8. Mai 1985 »konsequent aus der Teilnehmerperspektive eines historischen Akteurs, der seine Geschichte erzählt und die Verantwortung dafür übernimmt.«⁸⁴ Weizsäcker führte aus: »Der 8. Mai ist ein Tag der Erinnerung. Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, dass es zu einem Teil des eigenen Innern wird. Das stellt große Anforderungen an unsere Wahrhaftigkeit. Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft. Wir gedenken insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden. Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem den unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben. Als Deutsche gedenken

83 Ebenda, S. 417.

84 Helmut Dubiel: Niemand ist frei von Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestags. München, Wien 1999. S. 209.

wir in Trauer der eigenen Landsleute, die als Soldaten, bei Fliegerangriffen in der Heimat, in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind. Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen oder politischen Überzeugungen sterben mußten. Wir gedenken der erschossenen Geiseln. Wir denken an die Opfer des Widerstandes, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstandes der Arbeiterschaft und bei den Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunisten. Wir gedenken derer, die nicht aktiv Widerstand geleistet haben, aber eher den Tod hinnahmen, als ihr Gewissen zu beugen.«⁸⁵ Bemerkenswert war diese Rede wegen der Breite und Pluralität, in der den Opfern des Nationalsozialismus gedacht wurde. Ermöglicht wurde diese Würdigung durch die zwei Dekaden einer liberalen Demokratisierung, die die Bundesrepublik seit den 60er Jahren hinter sich gebracht hatte, möglicherweise auch durch die sich andeutende Reformbereitschaft des Ostblocks. Zugleich zeigen sich in der Rede aber auch starke Momente der Kontinuität, so zum Beispiel in der tradierten und ausgeprägten Distanz den Kommunisten gegenüber oder in der Affinität den bürgerlichen und christlichen Milieus gegenüber. Denn die Reihenfolge, in der die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen, die Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet hatten, genannt werden, steht in keinerlei Beziehung zur Realgeschichte des Widerstands, weder zu der zeitlichen Reihenfolge, in der die genannten Gruppen den Widerstand gegen den Nationalsozialismus aufnahmen noch zu dem Blutzoll, den sie dafür zu entrichten hatten.

Die geschichtspolitischen Bezüge der DDR erreichten nicht die Breite des Gedenkens, die Weizsäcker 1985 in seiner Rede abdeckte. Auch wenn die Weizsäcker-Rede in gewisser Weise ein Ausnahmeereignis war, stellte sich doch die Frage, warum man sich innerhalb des offiziellen Diskurses der antifaschistischen DDR nicht auf ähnlichem Niveau zu den Opfern des Nationalsozialismus äußerte. Für diese Defizite des DDR-Antifaschismus lassen sich verschiedene Gründe anführen. Der wichtigste dürfte sein, dass die Legitimität der DDR-Verhältnisse ungleich stärker an eine bestimmte Geschichtskonstruktion gebunden war als die der Bundesrepublik. Die DDR bezog ihre Legitimation vorrangig aus dem Kampf ihrer Führungsgruppen gegen den Nationalsozialismus und aus der Rolle, die die sowjetische Schutzmacht bei der

85 Zit. nach ebenda. S. 210f.

Überwindung Nazi-Deutschlands gespielt hatte. Die Bundesrepublik war zu nicht durch die Vergangenheit, sondern durch die Gegenwart – durch beachtlichen Wohlstand und Demokratie – legitimiert. Dadurch aber, dass sich die DDR vor allem durch die Konstruktion einer heroischen Vergangenheit legitimierte, bedeuteten Veränderungen an der Erzählung über den Nationalsozialismus, über dessen Gegner und Opfer also immer auch heikle Modifikationen am Fundament der Macht. In der Bundesrepublik hingegen war die Neuakzentuierung bei der Darstellung des Nationalsozialismus seit den 60er Jahren weniger mit der Legitimität und dem Bestand des Gesamtssystems verbunden. Hier blieb die Thematisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit eher eine Angelegenheit des politischen oder generationellen Kampfes um symbolisches, soziales und ökonomisches Kapital in einer durch entwickelte Medien moderierten Konkurrenzdemokratie. Im Rahmen dieser symbolischen Kämpfe um die Deutungshoheit konnte man Terrain gewinnen oder verlieren, aber niemals ein ganzes Land und selten die persönliche Existenz gefährden, wie das in der antifaschistischen Diktatur der DDR der Fall war. Wie direkt hingegen in der DDR der Kanon der Vergangenheitsdarstellung mit den Machtverhältnisse verbunden war, zeigte sich nach dem Wechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker. Die Hervorhebung des kommunistischen Widerstandes innerhalb des nationalsozialistischen Deutschlands, im Untergrund, in den KZ und Zuchthäusern, – welche »auf Kosten« der bis dahin tradierten Erzählung von der »Führung« des kommunistischen Widerstands und der »Volksfrontbewegung« durch die KPD-Führung in Moskau ging – , war erst mit dem Sturz des »Moskauers« Walter Ulbricht durch den zehn Jahre lang von den Nazis inhaftierten Funktionär Erich Honecker möglich.

Ein zweiter Grund dafür, dass das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im DDR-Antifaschismus nicht die in der Weizsäcker-Rede erreichte Breite erlangte, liegt darin, dass die Herrscher über den Antifaschismus-Diskurs Gegner und Verfolgte des Nationalsozialismus oder Nachfahren beziehungsweise politische Erben dieser Gegner und Verfolgten waren. Demgegenüber sind die politischen Eliten des Westens eher zu den Trägergruppen des Nationalsozialismus, deren Nachfahren oder politischen Erben zu rechnen. Um das anhand von Personen zu veranschaulichen: Während der bereits mit seiner vorbildlichen Gedenkrede zitierte Richard von Weizsäcker in Oxford, Grenoble und Bern studierte, befand sich Walter Ulbricht im Exil in Prag, Paris und Moskau. Als Weizsäcker an der Schlacht um Moskau teilnahm, arbeitete Ulbricht im deutschsprachigen Programm von Radio Moskau. Und als der spätere SED- und Staatsratsvorsitzende Ulbricht bei Stalingrad

durch die Lautsprecheranlage der Roten Armee die Wehrmachtsangehörigen zur Kapitulation aufrief, war der spätere Bundespräsident Oberleutnant der an vielen Fronten kämpfenden Armee des nationalsozialistischen Deutschlands. Während die Bundesrepublik und ihre Elite sich als rechtliche Nachfolger des »Dritten Reiches« verstand und durch die Entschädigungen in die Verantwortung eintrat – sofern die Entschädigungsempfänger der westlichen Hemisphäre angehörten – sahen sich die Gruppe der Opfer und Gegner des Nationalsozialismus im Bündnis mit der Sowjetunion als »Sieger über den Faschismus« und als Projektanten einer »neuen Gesellschaft«, als Repräsentanten der Diskontinuität – eine widersprüchliche Angelegenheit, wenn man die Kontinuität der Bevölkerung und der materiellen Güter des »Dritten Reiches«, einschließlich der Güter der beraubten Juden, gleichzeitig annahm.⁸⁶ Letztlich hat sich gezeigt, dass die politischen und kulturellen Eliten in der Gesellschaft der »Täternachfolger« in einem über Jahrzehnte währenden und durch zwei wichtige Generationswechsel angetriebenen demokratischen Läuterungsprozess immer mehr Opfergruppen des Nationalsozialismus in den Blick der öffentlichen Diskussion und schließlich der staatsoffiziellen Diskurse nahmen. In der Gesellschaft der Opfer (Nachfolger) blieb diese Weitung des Blicks aus. Es spricht einiges dafür, dass bei der kleinen Gruppe der DDR-Machthaber der von ihr herausgestellte Status als »Siegers der Geschichte« letztlich doch von ihrer Erfahrung als Opfer überstrahlt wurde. Mit ihren extremen Erfahrungen und Prägung sind sie, obwohl inzwischen mit Macht ausgestattet, weiterhin traumatisierte Opfer geblieben: Weiter im Kampf gegen reale und eingebildete Gegner, im Kampf um das (politische) Überleben, um Anerkennung – und das nun nicht mehr im Rahmen einer politischen Partei, sondern eines ganzen Landes, dessen Bevölkerung einst den Nazis hinterhergelaufen war. In den 90er Jahren ist am Beispiel der Opfer der SED-Diktatur deutlich geworden, wie nachhaltig diese Traumatisierungen die Wirklichkeitswahrnehmung und die Ansprüche an die gesellschaftlich gültige Vergangenheitskonstruktion beeinflussen.⁸⁷

86 Siehe hierzu die sehr differenziert argumentierende Arbeit von Jan Phillip Spanuth: *Rückerstattung Ost. Der Umgang mit dem »arisierten« Eigentum der Juden und die Rückerstattung im vereinigten Deutschland*. Essen 2007.

87 Siehe Thomas Ahbe: *Die Täter, ihre Opfer und »unsere« Geschichte. Erinnern und Historisieren. Welche Bedeutung hat die Dokumentation der Repression in der DDR für ein zukunftstaugliches Geschichtsbild?* In: »FREITAG« Nr. 21 vom 26. Mai 2006. S. 11.

Die geschichtswissenschaftliche Forschung der DDR konnte gegenüber den politischen Einflussnahmen auf den öffentlichen Diskurs zur nationalsozialistischen Vorgeschichte nicht als Korrektiv wirken. Der DDR-Historiker Werner Röhr merkt dazu an: »Hinsichtlich der beschränkten Kapazitäten teilte die Faschismus- und Weltkriegsforschung einige allgemeine Bedingungen mit anderen historischen Forschungsrichtungen: Die DDR war der kleinere und ärmere deutsche Staat. Die vorhandenen Mittel wurden nach einem eng verstandenen Nutzensprinzip ausgegeben, dem wiederum bei den darüber entscheidenden Personen und Institutionen ein geringes Wissen über die Wirkungsweise von Geschichtswissenschaft zugrunde lag. Geringer noch als die Forschungsmittel waren die Publikationsmöglichkeiten, die meisten Dissertationen blieben ungedruckt. Aufgrund der gleichen geschichtlichen Herkunft hatten die Historiker der DDR dasselbe Pensum deutscher Geschichte durcharbeiten wie die westdeutschen Historiker, deren Zahl und deren Mittel erheblich größer waren.«⁸⁸ Unter diesen Umständen entstanden einige in in mehrfacher Auflage erschiene Bücher zur Verfolgung, Vertreibung und Ermordung der europäischen Juden.⁸⁹ In einer Gesamtbewertung moniert Werner Röhr jedoch, dass »die DDR keine Studie über den Genozid an den Juden und auch nicht über den Mord an Sinti und Roma hervorgebracht [hat]. Es bleiben viele Desiderata.« Und Kurt Pätzold, einer der prominentesten DDR-Faschismusforscher und Verfasser mehrere Arbeiten zur Verfolgung und Ermordung der Juden⁹⁰, resümiert: »Als am folgenreichsten dürfte sich aber die Tatsache erweisen, daß es die Historiker der DDR nicht zu einer Studie brachten, die gezeigt hätte, wie Millionen von Menschen gegen die Juden eingenommen wurden, sich gegen sie aufhetzen ließen oder sich – was für die Volksmehrheit gilt – deren Schicksal gegenüber gleichgültig und teilnahmslos verhielten, aus Gedanken- und/oder Seelenträgheit oder weil sie es »mindestens« zu einem Teil für gerechtfertigt ansahen.«⁹¹

88 Werner Röhr: Faschismusforschung in der DDR. Eine Problemskizze. In: Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung 2001. H. 16. S. 3–75, hier S. 3f.

89 So beispielsweise Kurt Pätzold: Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. (1933–1935) Berlin 1975; ders. (Hrsg.): Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942 Berlin 1983/1984/1987; Kurt Pätzold /Irene Runge: Pogromnacht 1938. Berlin 1988.

90 Ebenda.

91 Kurt Pätzold: Antifaschismus und NS-Geschichte. In: konkret. Hamburg 1992. Heft 11. S. 52–58, hier S. 54. Zit. nach Werner Röhr: Faschismusforschung in der DDR. S. 64.

Pätzolds Bemerkung verweist auf ein grundlegendes Defizit des Antifaschismus-Diskurses in der DDR. Zwar sind durch die kapitalismuskritische Perspektive des Antifaschismus schon sehr früh die Profiteure der Beraubung und Ermordung der Juden benannt worden, doch die *sozialpsychologische* Basis des Antisemitismus, die Funktionsweise exkludierender Stereotype, Feindbilder oder entmenschlichender Metaphern wurden nicht problematisiert. Ebenso wenig wurde gefragt, wie sich der Alltag jenseits des immer wieder gewürdigten Untergrundkampfes gestaltet hatte, wie und warum sich Millionen von Deutschen von der Propaganda vereinnahmten und vom wachsenden Wohlstand korrumpieren ließen, während bereits Tausende in den KZ litten. Statt dessen ging der Antifaschistische Diskurs immer wieder rasch dazu über, die »Lehren aus dem Faschismus« zu benennen. Diese bestünden darin, gesellschaftliche Prozesse stets vom »Klassenstandpunkt« aus zu bewerten – anstatt sich an »Menschenrechten« zu orientieren oder auf die »bürgerliche Demokratie« zu vertrauen. Denn gerade die Weimarer Demokratie habe gezeigt, dass Demokratie stets »Klassencharakter« habe, die jene Menschenrechte aufgrund unterschiedlicher Besitzverhältnisse und der »Klassenjustiz« nur selektiv gewährte. Genau das war die Lebenserfahrung eben jener nichtbürgerlichen Gruppen, die in der DDR das Sagen hatten. Zudem schien die Demokratie, die sie erlebt hatten, weder willens noch fähig gewesen zu sein, die nationalsozialistische Gefahr abzuwenden. Deswegen müsse man, so die antifaschistische Lektion für die Gegenwart, stets »wachsam« sein und die Feinde des Fortschritts und des Sozialismus »bekämpfen«. Dass diese Empfehlungen nicht das *Zutrauen* in die Demokratie fördern konnten ist unübersehbar – ebenso wenig, wie sehr sich darin das traumatische Erlebnis des für Kommunisten oft genug mörderischen Versagens der Weimarer Demokratie und deren finaler und legaler Übergang in die Nazi-Diktatur widerspiegelt. *Diese* Erfahrung von Demokratie hat sich in der Führungsgeneration der ostdeutschen Kommunisten und Linken irreversibel biographisch eingeschrieben. Aus ihrer Perspektive war das Gegenteil von Faschismus nicht Demokratie, sondern Sozialismus, unbeschadet dessen, dass der real-existierende Sozialismus diktatorisch verfasst war.⁹²

92 Die unter den Verhältnissen der heutigen stabilen und gereiften Demokratie gemachten Äußerungen: »Das Gegenteil von Faschismus ist nicht Antifaschismus, sondern die demokratische Kultur.« (Kahane) oder »Was hilft am besten gegen Faschismus? Konsequenter Antifaschismus? Nein, am besten hilft konsequente Demokratie.« (Schütt) sind völlig richtig, sie widerspiegeln aber nicht die Erfah-

Der DDR-Antifaschismus stellte also nie zwingend das Demokratie-Thema auf die Tagesordnung. Das machte ihn auch als volkspädagogischen Diskurs für die letzten DDR-Generationen immer ungläubiger, ineffizienter und bisweilen auch kontraproduktiv. Der DDR-Antifaschismus erzählte diesen Generationen eine Geschichte, die weder mit den Erfahrungen und Erzählungen ihrer Eltern und Großeltern und noch weniger mit ihren eigenen Gegenwartsproblemen – und für viele gehörte dazu auch die diktatorische Machtausübung – zu verbinden war. Zugleich ist zu konstatieren, dass sich der antifaschistische Offizialdiskurs in seiner Erstarrtheit von den Diskursen ablöste, die »unterhalb« der offiziellen Ebene von Künstlern, Intellektuellen, Wissenschaftlern – und in der Spätphase der DDR auch engagierten Bürgern – geführt wurden und verschiedenen Facetten des Nationalsozialismus thematisierten.⁹³ Das führte jedoch nicht zu einer – gewissermaßen kooperativ vorgenommenen – Ergänzung des ritualisierten, entleerten und erstarrten Antifaschismus, sondern es minimierte dessen Glaubwürdigkeit und die des gesamten sozialistischen Offizialdiskurses.

Insgesamt bietet der Diskurs des DDR-Antifaschismus ein zwiespältiges Bild. In seinen gegenwartsbezogenen »Lehren« war er einseitig auf den Sozialismus und auf Distanz zur bürgerlichen Demokratie ausgerichtet. Zugleich informierte der Antifaschismus-Diskurs aber – im Vergleich zum bundesdeutschen Diskurs zum »Dritten Reich« – schon sehr früh und drastischer über die Verbrechen des Nationalsozialismus und das Grauen des Zweiten Weltkrieges – gerade was den weltanschaulich orientierten Vernichtungskrieg in Osteuropa anbetrifft.

rung und Vorstellungen, auf die die DDR-Machtelite zurückgreifen mussten. Anetta Kahane: Ich sehe was, was du nicht siehst. Meine deutschen Geschichten. Berlin 2004; Hans-Dieter Schütt: Der Hass, draußen vor der Tür. »Streitraum« in der Berliner Schaubühne: Antisemitismus – Extremismus in der Mitte. In: »Neues Deutschland« vom 6. Februar 2007. S. 9.

93 Siehe dazu exemplarisch: Wolfgang Gersch: Szenen eines Landes. Die DDR und ihre Filme. Berlin 2006, hier insbesondere das Kapitel »Das jüdische Thema«; Christel Berger: Gewissensfrage Antifaschismus. Traditionen der DDR-Literatur. Analysen - Interpretationen – Interviews; Hans Mayer: Wendezeiten. Über Deutsche und Deutschland. Frankfurt am Main 1993, hier insbesondere das Kapitel »Über deutsche Literatur nach zwei Weltkriegen« – oder das verbreitete Kinderbuch zum Thema Judenverfolgung von Sigmar Schollack: Das Mädchen aus Harrys Straße. Berlin 1978.

2.5. Der alternde Antifaschismus der 80er Jahre: Rechtsextremen Jugendliche und antifaschistisch eingestellte Elterngenerationen

2.5.1. Erster Exkurs: Rechtsextreme Jugendkulturen in der Spätphase der DDR

Eine der schockierendsten Entwicklungen in der »antifaschistischen DDR« war, dass sich in den 80er Jahren eine rechtsextrem orientierte Jungszenen entwickelte. Mit Beginn der 80er Jahre erreichten die bis dahin immer auch vereinzelt in der DDR auftretenden rechtsextremen Vorfälle⁹⁴ eine neue Qualität. Es bildete sich »die größte rechtsextrem orientierte Strömung in der Geschichte der DDR« heraus. Aus Teilen gewaltorientierter Fußballfans und Punks formierten sich »nationalistisch-rassistisch orientierte Skinhead-Gruppen«, die in wenigen Jahren die Hegemonie der Punks in der subkulturellen Szene der DDR zu ihren Gunsten auflösten. Zwar handelte es sich bei diesen Gruppen, die es zudem in westeuropäischen Gesellschaften in ähnlicher Form auch gab, »im Verhältnis zur Gesamtheit der DDR-Jugend um den Bruchteil einer Promille-Quote«⁹⁵, dennoch ist es bemerkenswert, dass es in einer sich dezidiert als »antifaschistisch« definierenden Gesellschaft, wie der DDR, auch eine rechtsextreme Subkultur gab. Ungefähr ab Mitte der 80er Jahre gibt es in fast allen größeren Städten der DDR Skinheadgruppen, die gewaltsam »gegen rivalisierende jugendliche Subkulturen wie Punks, Gruities, zunehmend aber auch gegen Homosexuelle, dunkelhäutige Ausländer, gegen Angehörige der Volkspolizei und der Nationalen Volksarmee, jedoch noch nicht gegen staatliche Institutionen richteten« – wengleich zu den Parolen immer auch gehörte »Ausländer und Kommunisten an die Wand«.⁹⁶ Am bekanntesten wurde der Überfall einer Skinhead-Gruppe auf ein Punk-Konzert der Berliner Zionskirche am

94 Siehe Harry Waibel: Rechtsextremismus in der DDR bis 1989. Köln 1996.

95 Norbert Madloch: Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Ende des Hitlerfaschismus. In: Klaus Kinner / Rolf Richter (Hrsg.): Rechtsextremismus und Antifaschismus. Berlin 2000. S. 57–214, hier S. 71f.

96 Ebenda. S. 73, 80.

17. Oktober 1987. Das war jedoch kein Einzelfall, immer wieder gab es rassistisch und antisemitisch motivierte Übergriffe.⁹⁷

In den Medien der DDR wurden diese Phänomene kaum thematisiert und erst Ende 1987 und Anfang 1988 setzten die Behörden eine »rigorose Verfolgungswelle« in Gang und nahmen 94 Skinheads fest.⁹⁸ Zur gleichen Zeit wurde beim Ministerium des Innern eine Arbeitsgruppe gegründet, die jedoch auch nicht nach inneren Ursachen forschte, sondern den Rechtsextremismus als durch Einflüsse aus dem Westen verursacht ansah.⁹⁹ Die FDJ, die intern den schwindenden Einfluß auf die Jugend konstatierte und das als »Versuche des Klassenfeindes, verstärkt politisch-ideologischen Einfluß auf die Jugend zu nehmen«, interpretierte, inszenierte öffentlich die Pflege jüdischer Friedhöfe durch FDJ-Gruppen, nachdem es antisemitisch motivierte Friedhofsschändungen gab.¹⁰⁰ Das die Minderheit der Skinheads – Ende 1988 waren es laut einer Untersuchung des Ministerium für Staatssicherheit 1067 Personen – sich auf eine fremdenfeindliche Einstellungen in der »Normalbevölkerung« stützen konnte, wurde bei den entsprechenden Gerichtsverfahren deutlich. Hier »stellte sich heraus, dass es in den Arbeits- und Schulkollektiven der angeklagten Skinheads und Hooligans kaum Auseinandersetzungen mit deren Denk- und Handlungsweisen gab ... [dafür] nicht selten selbst Vorbehalte gegen polnische Touristen und ausländi-

97 Im September 1987 schlugen Skinheads in Dresden einen Mosambikaner zusammen; im Januar 1988 kam es in Karl-Marx-Stadt nach einem Heavy-Metal-Konzert zu gewaltsamen Ausschreitungen gegenüber ausländischen Jugendlichen; ebenfalls in Karl-Marx-Stadt wurde einem etwas fremdländisch aussehenden Mädchen von rechtsextrem gesinnten Jugendlichen unter antisemitischen Beschimpfungen ein Davidstern in den Oberarm geschnitten; in Halle/S. wurden fast zur gleichen Zeit im April 1988 fünf Jugendliche verurteilt, die einen Mosambikaner brutal zusammengeschlagen hatten; im gleichen Jahr terrorisierten Polizeischüler bei ihrer Grundausbildung in Neustrelitz über Wochen hinweg einen jüdischen Polizeianwärter, was so weit ging, dass sie ihn nachts mit den Worten »Du kommst nach Auschwitz!« aus dem Schlaf rissen; im Januar 1989 misshandelten auf dem Berliner Alexanderplatz 15 Skinheads unter Gebrüll von »Negerschwein«, »Ausländer raus!« vier Studenten aus der Volksrepublik Kongo. Siehe ebenda. S. 74, 80, 86.

98 Siehe ebenda. S. 74.

99 Siehe ebenda S. 79.

100 Jürgen Danyel: Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek der DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur. In: Jan C. Behrends / Thomas Lindenberger / Patrice G. Poutus (Hrsg.): Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland. Berlin 2003. S. 23–40, hier S. 39.

sche Gastarbeiter in der DDR.«¹⁰¹ Beides, die rechtsextremen Straftäter und die nationalistischen und rassistischen Einstellungen bei einem Teil der DDR-Bevölkerung, wirkten für die Träger der antifaschistischen Erziehungsdiktatur wie eine Bankrotterklärung. Die DDR-Medien behandelten das Thema nicht. Der vom Filmemacher Konrad Weiß in der zur zweiten, informellen Öffentlichkeit zählenden Zeitschrift *Kontext* im März 1989 veröffentlichte Aufsatz rief bei den wenigen Lesern, die er im (reform)sozialistischen Milieu fand, nicht nur Betroffenheit sondern auch Abwehr hervor.¹⁰² Man tat sich schwer damit, die Erfolglosigkeit des DDR-Antifaschismus zu akzeptieren. Als am 28. Dezember 1989 auf einer Pressekonferenz die Ergebnisse einer Studie der Sektion Kriminalistik der Humboldt-Universität zu den Neofaschisten und Rechtsradikalen in der DDR vorgestellt wurde, sah man bei der Ursachenklärung »gesellschaftliche Probleme unseres Landes«, die sich seit Beginn der 80er Jahre zugespitzt hätten – aber auch, dass den Skinheadgruppen ihre neofaschistischen Orientierungen »eingepflanzt« – also vom Westen importiert worden – seien.¹⁰³ Wie gering jedoch inzwischen die aufklärende und erzieherische Wirkung des erstarrten DDR-Antifaschismus auf die Jugend war, belegte eine bis zur Wende geheimgehaltene Studie des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung zum Geschichtsbewusstsein der DDR-Jugend. Die Forscher stellten mit Blick auf die DDR-Jugendlichen fest, dass »bei vielen ungenügend entwickelte emotionale Beziehungen in Form von mangelnder Betroffenheit sowie Unsicherheiten und Unklarheiten bei der unmittelbar persönlichen Faschismusbewältigung« zu konstatieren sind. Vielmehr überwiege »ein pragmatischer, distanziert-beobachtender Standpunkt ... Die Frage nach der persönlichen Verantwortung wurde dagegen kaum gestellt.« Als Erklärung hierzu wurde angeführt: »Indem man in der DDR die Zeit des Faschismus ausschließlich der BRD als Erblast zuschrieb (›Sieger der Geschichte‹, ›Stunde Null‹), entzog man sich der schmerzhaften Trauerarbeit und einer ehrlichen Auseinandersetzung vor allem auf individueller Ebene.«¹⁰⁴

101 Norbert Madloch: Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Ende des Hitlerfaschismus.

102 Konrad Weiß: Die neue alte Gefahr. Junge Faschisten in der DDR. In: *Kontext* 1989. H. 5.

103 Jürgen Danyel: Spätfolgen? S. 28.

104 Wilfried Schubarth: Forschungen zum Geschichtsbewusstsein. In: Walter Friedrich / Peter Förster / Kurt Starke (Hrsg.): *Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse*. Berlin 1999. S. 206–224, hier S. 209, 214f.

Ende der 80er Jahre musste also der DDR-Antifaschismus seinen Offenbarungseid leisten: Die Jugend der DDR konnte er zunehmend schlechter erreichen. In seiner Funktion als Legitimations-Diskurs für die DDR-Diktatur stand er sich in seiner anderen Funktion, zeitgemäße Formen des Gedenkens und der aktuellen Bearbeitung der nationalsozialistischen Vorgeschichte zu entwickeln, selbst im Weg.

Im Zusammenhang mit dem Machtverfall des DDR-Staates und dessen revolutionärer Umgestaltung kam es dann zu einer explosionsartigen Zunahme rechtsgerichteter Gewalt gegen Ausländer oder fremdländisch Aussehende, gegen Linke, alternative Projekte, Ausländerwohnheime.¹⁰⁵ Die Maueröffnung und die Amnestie vom 6. Dezember 1989 verstärkte rechtsextreme Aktionen. »Am 29. Januar 1990 verließen am Ende der Leipziger Montagsdemonstration rund 300 Skinheads in geschlossener Formation und im Gleichschritt den Leipziger Opernplatz und sangen das Nazilied ›Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganzen Welt‹. Unter Zeigen des Hitlergrußes erklangen Sprechchöre wie ›Sieg Heil‹, ›Rotfront verrecke!‹ und ›Modrow, Gysi an die Wand – Deutschland einig Vaterland!‹.«¹⁰⁶

2.5.2. Zweiter Exkurs:

Einstellungen der Ostdeutschen zu nationalsozialistischem Gedankengut im Spiegel der empirischen Forschung

Stellt man man die hier beschriebenen Defizite des DDR-Antifaschismus in Zusammenhang mit in dem in den Nach-Wende-Jahren in Ostdeutschland zu beobachtenden Ausbruch rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalt, ergeben sich viele Interpretationsmöglichkeiten. Neben der nüchternen Feststellung, dass der DDR-Antifaschismus rechtsextreme Orientierungen bei einem Teil der Ostdeutschen nicht verhindert hat, kann man darüber spekulieren, inwieweit der DDR-Antifaschismus den Rechtsextremismus sogar *produziert* hat. Es ist jedoch müßig, deduktiv vom Zustand des hier gerade kritisch inspizierten Antifaschismus-Diskurses auf ihm möglicherweise zurechenbare Effekte oder Defizite bei den Ostdeutschen schließen zu wollen. »Derart

105 Siehe Norbert Madloch: Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Ende des Hitlerfaschismus. S. 87ff.

106 Ebenda. S. 89.

komplexe, zudem auf die Vergangenheit bezogene Vermutungen sind kaum überprüfbar.« kommentiert der in der empirischen Forschung tätige Politikwissenschaftler Kai Arzheimer. Allerdings stellt er fest: »Ob sich Ost- und Westdeutsche bezüglich ihrer Einstellungen gegenüber Ausländern oder dem »Dritten Reich« unterscheiden, lässt sich mit Hilfe gängiger Befragungsinstrumente relativ leicht feststellen.«¹⁰⁷

Im Folgenden sollen hier die Ergebnisse verschiedener empirischer Untersuchungen zu den Einstellungen der Ostdeutschen zum Nationalsozialismus, zu dessen Verbrechen und Ideologie diskutiert werden. In ihrer Summe zeigen die Befunde, dass die frühen und mittleren DDR-Generationen eine nachhaltige Distanz gegenüber nationalsozialistischem, antisemitischem und revanchistischem Gedankengut ausgebildet haben. Im übrigen wird deutlich, dass die Affinität zu rechtsextremen und antisemitischen Einstellungen bei diesen ostdeutschen Jahrgänge *nicht* höher als bei den westdeutschen Gleichaltrigen ist, wie häufig behauptet und dann und mit den Defiziten des DDR-Antifaschismus begründet wird.

Die Politikwissenschaftlerin Bettina Westle resümiert in ihren Untersuchungen zum Thema, »dass trotz aller Schwächen der antifaschistischen Erziehung, die die DDR-Bevölkerung tendenziell entschuldete, ein Bewusstsein für die historische Schuld und resultierende Verantwortung erhalten geblieben ist und ... einer relativ zu den Westdeutschen größeren Bedeutung des deutschen Geschichtstraumas für die reflektierte und postnationale Identität« entspricht.¹⁰⁸ Der Widerspruch dieser Aussage zur Existenz der rechtsorientierten ostdeutschen Jugendkultur klärt sich auf, wenn die politischen Einstellungen jahrgangsbezogen analysiert werden. Das geschieht in einer Studie des Politikwissenschaftlers Kai Arzheimer, der feststellt: »Dabei zeigt sich, dass junge, d.h. nach 1972 geborene Ostdeutsche einer Reihe von positiven Aussagen über den Nationalsozialismus (>Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als einen großen Staatsmann ansehen<; >Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten<) eher zustimmen, als ihre Altersgenossen aus der alten Bundesrepublik. ... Bei älteren Menschen lässt sich dieser Ost-West-Unterschied hingegen nicht nachweisen, oder

107 Kai Arzheimer: Von »Westalgie« und »Zonenkindern«: Die Rolle der jungen Generation im Prozess der Vereinigung. In: Jürgen W Falter / Oscar W. Gabriel Hans Rattinger / Harald Schoen (Hrsg.): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich. München 2006. S. 212–240, hier S. 222.

108 Bettina Westle: Kollektive Identität im vereinten Deutschland. Nation und Wahrnehmung der Deutschen. Opladen 1999. S. 239.

die Ostdeutschen lehnen die Aussagen *stärker* ab, als die Westdeutschen.«¹⁰⁹

Der Politikwissenschaftler Wolf Wagner fragte 1994 danach, wie intensiv man in verschiedenen Jahrgängen in Ost und West folgender Aussage zustimmt: »Es ist eine äußerste wichtige Aufgabe, dass sich die Bürger und Bürgerinnen der Bundesrepublik noch mit der Hitlerzeit auseinandersetzen.« Hier wird deutlich, dass sich in der Meinungsbildung sowohl in der DDR wie der BRD seit den 70er Jahren ein Umschwung vollzogen hat. In Wagners Untersuchung verfügen die in den 70er Jahren und später geborenen Ostdeutschen ein geringeres Problembewusstsein gegenüber dem Nationalsozialismus als es die übrigen ostdeutschen Jahrgänge noch haben. In der Bundesrepublik ist es umgedreht: Die in den 70er Jahren und später geborenen Westdeutschen haben ein höheres Problembewusstsein gegenüber dem Nationalsozialismus als die älteren westdeutschen Jahrgänge. Über alle ostdeutschen und westdeutschen Jahrgänge hinweg galt jedoch in Bezug auf den Nationalsozialismus: »Bei dieser Frage erweisen sich die Ostdeutschen hochsignifikant als die eindeutig aufgeklärteren Menschen. Sie befürworten durch alle Altersjahrgänge die Auseinandersetzung mit der Hitlerzeit, im Alter mit zunehmender Tendenz, wogegen in Westdeutschland die ohnehin schon geringe Zustimmung mit dem Alter weiter abnimmt.«¹¹⁰

Noch differenzierter versuchten Werner Bergmann und Rainer Erb vom renommierten Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung dem Problem auf den Leib zu rücken. Sie nutzten die 1996 vom ALLBUS erhobenen Daten und fragten nach zwei Dimensionen des Antisemitismus. In der ersten Dimension wurde auf antijüdische Vorurteile gezielt, die durch die für die Deutschen schuldhaft besetzte Vergangenheit geprägt sind. Sie fragen nach der gefühlsmäßigen Einstellung zur nationalsozialistischen Judenverfolgung, nach deren Teilrechtfertigung durch das Verhalten der Juden selbst (»Mitschuld«), nach der Berechtigung materieller Entschädigung und nach dem politischen Einfluß der Juden, ihre Interessen durchzusetzen. Diese erste Dimension von Vorurteilen gibt es nur in Zusammenhang mit dem heutigen Antisemitismus, da sie sich auf die deutsche Schuld am Holocaust bezieht. Folglich gibt es

109 Hervorhebungen im Original. Kai Arzheimer: Von »Westalgie« und »Zonenkindern«. S. 222.

110 Wolf Wagner: Kulturschock Deutschland. Der zweite Blick. Hamburg 1999. S. 116f.

diese Mixtur von Zuschreibungen nicht in Bezug auf andere Gruppen. Für die zweite Dimension von Vorurteilen, bei der nach der sozialen Distanz und der rechtlich-kulturellen Integration von Juden im Kontext anderer Gruppen gefragt wird, gilt dies nicht. Inwieweit sind die Vorurteile der beiden Dimensionen in Ost- und Westdeutschland verbreitet? Beim Blick auf die erste Dimension fanden die Forscher einen deutlichen Ost-West-Unterschied: »Während die Ostdeutschen dem vergangenheitsbezogenen Antisemitismus in weit geringerem Maße zustimmten als die Westdeutschen, fehlte diese Differenz bei der rechtlichen und sozialen Integration. Wir interpretieren dies als – allerdings einseitige – Wirksamkeit der antifaschistischen Verurteilung der Judenverfolgung im Nationalsozialismus, die sich nicht in gleichem Maße auf die Akzeptanz der Juden als heute in Deutschland lebende Minderheit auswirkt.«¹¹¹ Auch in dieser Studie wurden die Daten altersbezogen ausgewertet. Aus internationalen Antisemitismusstudien ist bekannt, dass der Antisemitismus mit steigendem Lebensalter kontinuierlich zunimmt. Das zeigte sich auch bei der Studie aus Deutschland. Der Anteil antisemitisch denkender Menschen war in Ost und West in den älteren Jahrgängen am größten. Doch auch hier zeigt sich eine Besonderheit, die mit dem in den anderen bereits zitierten Studien entstandenen Bild übereinstimmt: Während bei den westdeutschen Befragten der Anteil an antisemitischen Positionen linear mit dem Alter zunimmt, ist diese Kurve bei den bis zur Mitte der 60er Jahre geborenen Ostdeutschen auffällig abgeflacht. Hier ist die international normale und erwartbare Häufung von antisemitischen Positionen bei den älteren Generationen deutlich gebremst. – Ein bemerkenswerter Befund, den sich die Forscher »mit dem Einfluß der prononcierten Abwehrhaltung der DDR gegenüber Faschismus und Rassismus erklären. Das streng dualistische Ideologieangebot ließ weniger Grauzonen zu und verlangte der Aufbaugeneration ein klares Bekenntnis gegen den Faschismus ab.«¹¹² Und ganz offensichtlich, das zeigen die hier präsentierten Befunde, hat das unter diesen Bedingungen ausgeprägte Bekenntnis gegen nationalsozialistische Einstellungen auch eine langanhaltende Wirkung.

In den politischen Polemiken der 90er Jahre sind die rechtsextremen und fremdenfeindlichen Einstellungen und die sich darauf stützende ge-

111 Werner Bergmann / Rainer Erb: Antisemitismus in der Bundesrepublik 1996. In: Richard Alba / Peter Schmidt / Martina Wasmer (Hrsg.): Deutsche und Ausländer. Freunde, Fremde oder Feinde? Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Wiesbaden 2000. S. 401–438, hier S. 403f.

112 Ebenda. S. 408f.

walttätige Szene in Ostdeutschland immer wieder als Ergebnisse von Strukturen und Ideologie des DDR-Sozialismus gedeutet worden. Der Soziologe Walter Friedrich überprüfte, inwieweit die empirische Sozialforschung diese These stützen kann. Hierzu stellt er folgende Überlegung an: Wenn die DDR-Sozialisationsbedingungen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft hervorgerufen haben, dann müssten sich bei den älteren mittleren Erwachsenenjahrgänge von 1990 viel stärker rechtsextreme und ausländerfeindliche Haltungen als bei Jugendlichen zeigen, da die Erwachsenen Sozialisationseinflüssen der DDR viel länger und stärker ausgesetzt waren als die Jugendlichen. Tatsächlich zeigte sich das genau Gegenteil. Die Daten von 1990 belegen »dass die 15- bis 24-Jährigen überraschend stark ausländerfeindlich eingestellt sind, während diese Einstellungen bei den Älteren schwächer sind.«¹¹³ Nun bedeutet die Tatsache, dass man in der DDR gelebt hatte, nicht, dass man sich mit ihrem System und ihrer Ideologie identifiziert hatte. Deswegen berücksichtigte Friedrich auch Daten über die Intensität der Identifikation mit der DDR. »Aus sozialpsychologischer Sicht kann angenommen werden, dass Personen, die in einem bestimmten Sozialisationssystem leben, dessen Einflüssen und Intentionen, den Normen, Werten und Erwartungen desto eher nachkommen werden, je vorbehaltloser sie sich mit dem politisch-sozialen System identifizieren. Daraus folgt: Wenn die DDR-Erziehung als latente Hauptursache für Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft behauptet wird, dann müssten Personen mit einer hohen System-Identifikation diese Orientierungen auch häufiger akzeptieren und entschiedener in ihrem Verhalten zum Ausdruck bringen.«¹¹⁴ Friedrich findet in den Daten des Zentralinstituts für Jugendforschung jedoch das genaue Gegenteil, nämlich, » dass eine hohe Identifikation mit der DDR oder mit den Werten des sozialistischen Systems ... *nicht* mit der Bevorzugung, sondern mit der Ablehnung rechtsextremistischer Einstellungen, *nicht* mit einer negativen, sondern einer sehr positiven Haltung gegenüber Ausländern korreliert.«¹¹⁵ In die gleich Richtung zielt auch eine andere Überlegung. Wenn nämlich rechtsextremistische und fremdenfeindliche Einstellungen durch »die autoritäre DDR-Sozialisation verursacht« seien und daher im Osten so verbreitet sind, dann müsste doch

113 Walter Friedrich: Ist der Rechtsextremismus im Osten ein Erziehungsprodukt der autoritären DDR? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage der Wochenzeitung *Das Parlament* B 46/2001. 9. November. S. 16–23, hier S. 19

114 Ebenda. S. 20f.

115 Ebenda. Hervorhebung im Original.

bedingt durch das Verschwinden der DDR und dem Nachrücken von Jahrgängen, die anderes sozialisiert wurden, die Häufigkeit dieser Einstellungen insgesamt abnehmen. Statt dessen aber haben die rechts-extremen Einstellungen in jenen Jahrgängen um so stärker zugenommen, je weniger die Personen noch von der DDR sozialisiert wurden. Das betrifft auch den Antisemitismus. Es zeigte sich, dass bei der ostdeutschen Untersuchungspopulation die »Antisemitismuswerte in den ersten Vergleichsstudien Anfang der neunziger Jahre zur allgemeinen Überraschung viel geringer waren als die der westdeutschen Populationen.«¹¹⁶ Bis Ende der 90er Jahre hat jedoch auch hier ein spürbarer Anstieg der Werte, also ein »Angleichungsprozess an das Westniveau«¹¹⁷ stattgefunden.

Anhand der Daten einer Intervallbefragung von 1964 bis 1994, die die Sympathiegrade der DDR-Jugendlichen für Angehörige verschiedener Völker erhob, stellte Walter Friedrich fest, dass sich »in den achtziger Jahren ein massiver Einstellungswandel« vollzogen hatte. Bis zu den 80er Jahren konnte »kein Rückschluss auf eine weit verbreitete Ausländerfeindlichkeit [und] auf ein aggressives fremdenfeindliches Einstellungspotenzial bei DDR-Jugendlichen gezogen werden«. Friedrich ordnet dieses Ergebnisse so ein: »Nicht in der Zeit der relativen Stabilität der DDR, sondern gerade umgekehrt, in der Zeit ihrer zunehmenden Labilisierung, der durch wachsenden Vertrauensverlust, Kritik- und Protesthaltung der jüngeren und älteren Bürger, durch steigenden Einfluss der Westmedien und der Attraktivität des Westens gekennzeichneten Endphase der DDR, ist es zu einem markanten Anstieg der Ausländeraversion, der Gewaltbereitschaft und rechtsextremistischer Orientierungen gekommen. Diese in den Jahren nach der Vereinigung anhaltenden, sich teilweise noch verstärkenden Erscheinungen können demnach nur als Folgen der durch die neuen gesellschaftlichen Existenzbedingungen erlebten sozialen Desintegration, Unsicherheit und psychischen Labilisierung, nicht aber als ein Resultat einer Revitalisierung der vor vielen Jahren erlebten autoritären DDR-Sozialisation gedeutet werden.«¹¹⁸

116 Ebenda. S. 22.

117 Werner Bergmann: Antisemitismus in Deutschland. In: Wilfried Schubarth / Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2000. S. 173. Zit. nach Walter Friedrich: Ist der Rechtsextremismus im Osten ein Erziehungsprodukt der autoritären DDR? S. 22.

118 Walter Friedrich: Ist der Rechtsextremismus im Osten ein Erziehungsprodukt der autoritären DDR? S. 18f.

Diese Interpretationen des »massiven Einstellungswandels« decken sich auch mit den Überlegungen anderer Kollegen aus der empirischen Forschung. Die Diskrepanz zwischen der geringen Verbreitung des Antisemitismus bei den ostdeutschen Jugendlichen von 1991 und 1994 und den gegenteiligen Ergebnissen einer repräsentativen Schülerstudie von 1997 erklären sich die bereits zitierten Werner Bergmann und Rainer Erb mit Einflüssen der Befragungsmethode oder »mit einem dramatischen Einstellungswandel bei Jugendlichen«. ¹¹⁹

Insgesamt lässt sich also feststellen, dass die älteren und mittleren Generationen der DDR ein ausgeprägtes und im Vergleich zu ihren westdeutschen Altersgenossen größeres Problembewusstsein gegenüber dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen, sowie eine größere Distanz zu antisemitischen, nationalistischen und rechtsextremen Einstellungen haben. Dieser Trend beginnt sich bei den in den 70er Jahren Geborenen Ost- und Westdeutschen umzukehren. Die in den 70er Jahren und später geborenen Westdeutschen sind im Vergleich zu den älteren westdeutschen Jahrgängen sehr kritisch gegenüber antisemitischen, nationalistischen und rechtsextremen Einstellungen. In Ostdeutschland geht die Entwicklung in anderer Richtung: Hier sind die Älteren, noch vollständig von der DDR geprägten Jahrgänge die Aufgeklärten, während bei den in den 70er Jahren und später in der DDR Geborenen die Distanz gegen über antisemitischen, nationalistischen und rechtsextremen Einstellungen nachzulassen beginnt – was die rechtsextreme Jugendszene Ende der 80er Jahre und den rechtsextreme und fremdenfeindliche Gewaltausbruch in den neuen Bundesländern bis 1993 erklärt.

119 Werner Bergmann / Rainer Erb: Antisemitismus in der Bundesrepublik 1996. S. 410.

3. Nach 1990 – Was wurde aus dem Antifaschismus?

3.1. Die Krise des Umbruchs und die Konjunktur des Rechtsextremismus

In der finalen Krise der DDR, in den Monaten der Revolution und den ersten Umbruchsjahren nach der Vereinigung ist eine deutliche Zunahme rechtsextremer Aktivitäten zu beobachten. In den Jahren zwischen dem Historikerstreit in der Bundesrepublik, dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und dem Zusammenbruchs des Ostblocks hatte sich das geistige Klima verändert. Dem Historiker Jeffrey Herf zufolge brachte »die Vereinigung unter westdeutschen Bedingungen die Möglichkeit einer neuen Runde der Amnesie mit konservativen Vorzeichen mit sich«. Während (rechts)konservative Intellektuelle nun öffentlich ein Ende der »Sühnerituale« der Bonner Republik forderten, »wurden von 1991 bis zum Herbst 1993 offiziell 4500 Gewalttaten rechtsextremer Gruppen gegen Immigranten und Juden registriert, die zu 26 Morden und 1800 Verletzten führten.«¹²⁰

Die Diskussion der in Ostdeutschland besonders hoch liegenden Quote rechtsextremer Gewalttaten geschah im Kontext des Streits um den besonderen antifaschistischen Nimbus der untergegangene DDR. Die Debatte spannte sich zwischen zwei Extrempositionen auf. Für die einen war die rechtsextreme und fremdenfeindliche Gewalt im Osten das folgerichtige Resultat einer Diktatur. In dem den rechtsextremen und fremdenfeindlichen Gewalttaten applaudierenden Mob und in je-

120 Jeffrey Herf: Zweierlei Erinnerung. S. 432. Siehe auch die Präsentation der Daten aus den Verfassungsschutzberichten 1991–1999 bei Norbert Madloch: Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Ende des Hitlerfaschismus. In: Klaus Kinner / Rolf Richter (Hrsg.): Rechtsextremismus und Antifaschismus. Berlin 2000. S. 57–214, hier S. 175 und Claudio Curio: Chronik rechtsextremer Gewalt in Deutschland seit 1990. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland. Frankfurt am Main 2001. S. 177–211.

nen, die das mit schweigender Zustimmung quittierten, wollte man das Ergebnis der DDR-Sozialisation erkennen. Die andere Seite sah rechts-extreme und fremdenfeindliche Gewalttaten und die sie stützende Stimmung als Effekt der enormen Verunsicherung, der diffusen Angst oder Wut, die der politische und wirtschaftliche Um- und Zusammenbruch in Ostdeutschland hervorgerufen hatte.¹²¹ Einer sachgerechten Erklärung der in der Transformationsphase zu beobachtenden ostdeutschen Fremdenfeindlichkeit kommen vor allem jene Ansätze am nächsten, die nach der Wechselwirkung von sozialisatorischen Prägungen und bestimmten Dispositionen mit den Belastungen der Transformation fragen und von einer pathologischen Verarbeitung von gesellschaftlichen Umbrüchen sprechen.¹²² Darüber hinaus sind hier auch allgemeine, über die Transformationsbelastungen hinausgehende Zusammenhänge einzubeziehen, nämlich die sich zuspitzenden Konflikte in der deutschen Normal- oder Mehrheitsgesellschaft. Die Behauptung eines »besonderen, durch die DDR verursachten ostdeutschen Rechtsextremismus« kann hier als Ablenkungs- und Entlastungsargument fungieren. Der Historiker Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin, führt anlässlich der im Jahr 2000 wieder aufflammenden Diskussion über rechtsradikale Gewalt aus: »Die Fixiertheit auf die Protagonisten, junge Erwachsene und Jugendliche als Skinheads, Schläger, Neonazis, geht aber am Kern des Problems vorbei: Der Aufstand angstvoller Unterprivilegierter ist weniger das Ergebnis manifester ideologischer Überzeugung als Ausdruck eines Generationskonflikts und einer Kampfansage an eine Gesellschaft, in der sich die Protagonisten ausgegrenzt fühlen, der sie eigene Regeln der Gewaltbereitschaft, des Rechts des Stärkeren und der brachialen Ausgrenzung von zu Fremden stigmatisierten Minderheiten entgegenzustellen.

121 Einen Rückblick auf diese Diskussion liefert Jürgen Danyel: Spätfolgen?, zum Diskurs zu den Ostdeutschen siehe Thomas Ahbe: Der Osten aus der Sicht des Westens. Die Bilder zu den Ostdeutschen und ihre Konstrukteure. In: Hannes Bahrmann / Christoph Links (Hrsg.): Am Ziel vorbei. Die Deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz. Berlin 2005. S. 268–281.

122 Eine Erklärung in dieser Richtung ist es, die genannten Reaktionsmuster als »pathologische« Verarbeitungsweisen von Wandlungsprozessen zu verstehen, die »autoritäre Persönlichkeitsstrukturen« auf der einen Seite und einer »rechten Philosophie« auf der anderen Seite voraussetzen. Siehe Jürgen Danyel: Spätfolgen? Einen Überblick über die verschiedenen Erklärungsansätze für Rechtsextremismus liefert Thomas Lillig: Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern. Erklärungsansätze, Einstellungspotentiale und organisatorische Strukturen. Mainz 1994.

Die sozialen Ursachen und die politischen Erscheinungsbilder der Protestbewegung sind kein Widerspruch, und die Diagnose, die auf den Generationskonflikt, das Wohlstandsgefälle, die Chancenlosigkeit der Protestierenden in der Gesellschaft verweist, will nicht verharmlosen oder beschönigen. Rechtsextremismus, ob zunächst als Kostümfaschismus agiert oder schließlich manifeste Ideologie gelebt, ist die gängige Form, der Artikulation des Unbehagens und der Kampfansage gegen die Mehrheitsgesellschaft. Aber das darf von dieser Gesellschaft nicht hingenommen werden durch Fixierung auf die Täter. Ohne den historischen und sozialen Kontext der Erwachsenen, der Eliten und der Leitbilder liefernden Honoratioren ist der Radikalismus nicht zu verstehen und nicht aufzulösen.«¹²³

3.2. Der DDR-Antifaschismus in den Debatten nach 1990

In der ehemaligen DDR wurde der Antifaschismus durch das System gleichermaßen gestützt wie gestützt, verteidigt wie reglementiert. Nach dem Beitritt zur Bundesrepublik war der antifaschistische Diskurs einer von vielen anderen markant profilierten Diskursen innerhalb der demokratischen Öffentlichkeit. Dort hat er sich nach den Regeln dieser Öffentlichkeit gegen konkurrierende Diskurse zu behaupten. Der Erfolg eines Diskurses zeigt sich darin, inwieweit seine Deutungen, Wertungen und Wirklichkeitsdefinitionen übernommen werden und Gültigkeit erlangen. Dieser Erfolg hängt natürlich nicht nur von den Ideen des Diskurses ab, sondern oft ganz entscheidend davon, auf welche Ressourcen er sich stützen kann.¹²⁴ Das ist ein Umstand, der natürlich die Wirkung jedes kapitalismuskritisch orientierten Diskurses in der kapita-

123 Wolfgang Benz: Kulturkampf oder Auftakt zum Bürgerkrieg? Aktuelle Tendenzen des Rechtsextremismus. In: ders. (Hrsg.): Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland. Frankfurt am Main 2001. S. 7–12, hier S. 7f.

124 Siehe dazu im Überblick: Siegfried Jäger: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Duisburg 1999; ders.: Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Reiner Keller / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Opladen 2001. S. 81–112; Reiner Keller: Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Ebenda. S. 113–144; Hannelore Bublitz: Zur diskursanalytischen Rekonstruktion der Regelstrukturen sozialer Wirklichkeit. In: Ebenda. S. 225–260.

listischen Gesellschaft – und dazu ist der antifaschistische Diskurs zu rechnen – begrenzt.

Die durch antifaschistischen Diskurses definierten Gegner sind Träger von faschistischen, nazistischen, rechtsextremen, antisemitischen, rassistischen und die Menschenrechte verletzende Vorstellungen und Aktionen. Konkurrenten des antifaschistischen Diskurses sind Diskurse, die sich zwar gegen die gleichen Gegner richten, aber bei der Einordnung und Erklärung andere Deutungsmuster anlegen. An diesen konkurrierenden Deutungen bemängelt der antifaschistische Diskurs, dass durch sie die Widersprüche des Kapitalismus nicht sachgerecht analysierten und vor allem jene Eigentums- und Macht-Verhältnisse, die die Entwicklung der Demokratie strukturell aushöhlen, übersehen würden.

Zur Logik der politischen und symbolischen Auseinandersetzung gehört auch die Übertreibung bestimmter Tendenzen zu »Gefahren«, um sich dann als konsequenter Mahner und Gegner gegenüber diesen Gefahren zu profilieren. Auch in diesem Sinne wird antifaschistischer Alarmismus betrieben – aber natürlich auch von den Anti-Antifaschisten die Gefahr des Antifaschismus beschworen. Aus konservativer Sicht wird beklagt, dass die nach 1968 einsetzende »Abwertung des Antikommunismus und Aufwertung des Antifaschismus« – beides bedauerliche Abwendungen vom »Antiextremismus« – immer noch anhalte.¹²⁵ Der Antifaschismus, so eine Zeitdiagnose aus dem Jahre 2002, ist nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus nicht verschwunden, statt dessen »lebt diese Idee in einer ungeahnten Weise auf«.¹²⁶ Noch 2001 sei mit den Stimmen von SPD, PDS, GRÜNEN und FDP im Deutschen Bundestag ein »Antrag gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt angenommen worden, ohne extremistische Tendenzen von links auch nur zu erwähnen. Der Extremismus von rechts wird vielfach zu hoch, der von links hingegen heruntergespielt.«¹²⁷ Das aktuelle Spektrum von kritischen Analysen, Argumenten und politischen Meinungsäußerungen zum Antifaschismus

125 Eckhard Jesse: Plädoyer für einen antiextremistischen Konsens. In: Manfred Agethen / Eckhard Jesse / Erhart Neubert (Hrsg.): Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken. Freiburg, Basel, Wien 2002. S. 19–28, hier S. 21

126 Manfred Agethen / Eckhard Jesse / Erhart Neubert (Hrsg.): Der missbrauchte Antifaschismus. Vorwort. S. 16.

127 Eckhard Jesse: Plädoyer für einen antiextremistischen Konsens. S. 23.

der deutschen Linken findet sich in einem von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben Band.¹²⁸

Will man das Schicksal des DDR-Antifaschismus nach 1990 diskutieren, so ist es hilfreich, verschiedene Kontexte zu unterscheiden, in denen der DDR-Antifaschismus nach 1990 eine Rolle spielte. Zuerst soll der Kontext der Erinnerungskultur betrachtet werden, dann der geschichtswissenschaftliche Kontext und drittens schließlich die politische und ideologische Arena, in der der Streit um Überzeugungen und Identitäten ausgefochten wird. Alle genannten Kontexte durchdringen sich gegenseitig und lassen sich nicht vollständig voneinander trennen. Sie sollen hier lediglich aus Gründen der Übersichtlichkeit nacheinander abgehandelt werden.

3.2.1. Der Antifaschismus in der geschichtswissenschaftlichen Analyse nach 1990

Die geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung des DDR-Antifaschismus geschah *zum einen* an den etablierten Institutionen zeitgeschichtlicher Forschung und im Hochschulbereich *zum anderen* im Feld einer »zweiten Wissenschaftskultur«.

Ehemalige DDR-Historiker waren im etablierten wissenschaftlichen Feld kaum mehr mit der Aufarbeitung des DDR-Antifaschismus befasst. Denn der mit dem Beitritt der DDR einhergehende Umbau der Wissenschaftslandschaft führte zum Ausscheiden des größten Teils der DDR-Wissenschaftler. In den Sozial- und Geisteswissenschaften und insbesondere der Geschichtswissenschaft¹²⁹ war diese Verdrängung besonders ausgeprägt. Dem Wissenschaftshistoriker Mitchell Ash zufolge übersteigt statistisch gesehen »sowohl die Anzahl der politisch verursachten Entlassungen im Hochschulbereich nach 1990 als auch der Anteil der Betroffenen (gemessen am gesamten ostdeutschen Lehr-

128 Manfred Agethen / Eckhard Jesse / Erhart Neubert (Hrsg.): Der missbrauchte Antifaschismus.

129 Siehe hierzu: Ingrid Matschenz: Wie 68 Historiker der Berliner Humboldt-Universität ihren Job verloren. In: Stefan Bollinger / Ulrich van der Heyden (Hrsg.): Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland. Berlin 2002. S. 197–212. Vgl. hierzu auch den launigen Rückblick auf die Säuberung des Historischen Instituts der Humboldt-Universität Berlin anlässlich der Emeritierung von Heinrich August Winkler. Siehe Otto Köhler: Happy End im Audimax. In: »FREITAG« 9 vom 2. März 2007. S. 6.

körper) erheblich die politisch bedingten Entlassungen nach 1933 und 1945.«¹³⁰ Insgesamt schied nach 1990 drei Viertel des Personals aus dem ostdeutschen Wissenschaftsbetrieb aus.¹³¹ Die Verdrängung dieser DDR-Wissenschaftler wurde viel weniger durch die oft zitierten »Lernprozesse« seit dem Regimewechsel von 1945 inspiriert, sondern durch ideologische Rivalitäten zwischen den Eliten der Bundesrepublik und eines Teils ihrer *scientific community* mit den ostdeutschen Eliten und ihren marxistisch orientierten Wissenschaft. Möglich wurde die anti-kommunistische Säuberung des ostdeutschen Wissenschaftsbetriebes durch das Größenverhältnis zwischen der Bundesrepublik und der ihr beigetretenen DDR. Die DDR-Bevölkerung betrug nur ein Viertel der Bundesrepublik, dem entsprechend kleiner war die Wissenschaftler-Schicht der DDR. Diese konnte aufgrund des chronischen Überhangs an unberufenen Privatdozenten und anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Bundesrepublik gewissermaßen »aus dem Stand« ersetzt werden. Das war in den Jahren nach 1945 weder in West- noch in Ostdeutschland möglich.

Die Aufarbeitung des DDR-Antifaschismus durch die zeitgeschichtliche Forschung war also nicht nur dadurch gekennzeichnet, dass sie auf einem modernen, relativ weitgespannten Frage-Raster und einer durch den Beitritt völlig veränderten und verbesserten Archivsituation basiert. Sie wurde auch von Wissenschaftler-Gruppen und -Generationen vorgenommen, die in den allermeisten Fällen nicht an der damaligen Entwicklung des Antifaschismus-Diskurses beteiligt waren. Wenn es überhaupt wissenschaftsexterne Bezüge zum Gegenstand und seiner Zeit gab, dann waren sie durch einstige Verfolgung in der DDR, durch ideologische Überzeugungen bzw. Paradigmenkonkurrenz eher negativ. Damit unterscheidet sich die zeitgeschichtliche Aufarbeitung des

130 Mitchell G. Ash: 1933, 1945, 1989. Drei Bruchstellen in der Geschichte der deutschen Universität. In: Alfons Söllner / Ralf Walkenhaus (Hrsg.) Ostprofile. Universitätsentwicklung in den neuen Bundesländern. Opladen 1998. S. 213–238, hier S. 233.

131 Die von Arno Hecht präsentierten Statistiken beziehen sich auf die 1989/90 an den »normalen« Hochschulen und Universitäten, an der Akademie der Wissenschaften und der Akademie für Ärztliche Fortbildung der DDR tätigen Hochschullehrer (Wissenschaftler mit abgeschlossener Habilitation). Nicht berücksichtigt ist das Personal der Akademien beim ZK der SED, der Parteihochschule, der Hochschule des MfS, der Militärakademie und der Akademien der Pädagogischen Wissenschaften und der für Landwirtschaftswissenschaften. Siehe Arno Hecht: Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration. Leipzig 2002.

DDR-Antifaschismus deutlich von der Aufarbeitung des westdeutschen geschichtswissenschaftlichen Diskurses zum »Dritten Reich« aus den 50er und 60er Jahren, der zu großen Teilen durch ein Segment der *scientific community* vorgenommen wird, die über auf Lehrer-Schüler-Verhältnissen basierenden Loyalitäten und durch andere wertbezogene Affinitäten mit ihrem Gegenstand verbunden sind.¹³² Inzwischen hat die Gründergruppierung der neu aufgebauten zeitgeschichtlichen Forschung in und über Ostdeutschland die erste Generation Zeitgeschichtlerinnen und Zeitgeschichtler ausgebildet.

Auch aufgrund der oben beschriebenen personellen Konstellation gestaltete sich die wissenschaftliche Aufarbeitung des DDR-Antifaschismus zügig und kritisch. Ihre Ergebnisse sind in den vorangegangenen Abschnitten über die Darstellung der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Zeit der Zweistaatlichkeit eingeflossen. Ausführlich sind Dynamik, Prozess und Ergebnisse der Analyse des DDR-Antifaschismus in mehreren Bänden dokumentiert.¹³³

Ein Teil der verdrängten oder pensionierten DDR-Wissenschaftler entwickelte in den 90er Jahren in Ostdeutschland eine »zweiten Wissenschaftskultur«. Verbunden mit Vereinen, Kleinverlagen, Zeitschriften und Zeitungen, Initiativen und Stiftungen entwickelte man hier auch einen »zweiten« geschichtswissenschaftlichen Diskurs zur deutschen Geschichte. In diesem Zusammenhängen versucht auch ein Teil jener Historiker, die in der DDR zum Nationalsozialismus und zum Zweiten Weltkrieg gearbeitet hatten, einen wissenschaftlichen Antifaschismus-Diskurs weiterzutreiben, der nicht mehr unter der Kuratel der SED-Führung steht und dem nicht mehr die entscheidenden Archivalien verwehrt werden.¹³⁴ Während im erstgenannten wissenschaftlichen Diskurs

132 Wie sehr solche Bezüge zu einer konzilianter Aufarbeitung der Vorgeschichte der Disziplin führen können, demonstrierte die Konferenz: Martin Boszat, der »Staat Hitlers« und die Historisierung des Nationalsozialismus. Ein Symposium aus Anlass seines 80. Geburtstages, die am 15.–16.12.2006 vom Jena Center für Geschichte des 20. Jahrhunderts an der Friedrich-Schiller-Universität Jena ausgerichtet wurde.

133 Exemplarisch seien hier genannt: Jürgen Danyel (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in den beiden deutschen Staaten. Berlin 1995; Christoph Kleßmann / Hans Misselwitz / Günter Wichert: Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte Berlin 1999; Anette Leo / Peter Reif-Spirek (Hrsg.): Helden, Täter und Verräter; dies.: Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus. Berlin 2001.

134 Vgl. den Abschnitt Archivblockaden bei Werner Röhr: Faschismusforschung in der DDR. Eine Problemskizze. In: Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung 2001, H. 16, S. 3–75.

der DDR-Antifaschismus also gewissermaßen nur noch Objekt einer – bestenfalls sachlich und kühl vorgenommenen – Obduktion ist, so ist der Antifaschismus-Diskurs im zweiten Diskurs sozusagen als »Untoter« immer noch Subjekt: Am Rande der etablierten und finanzierten wissenschaftlichen Diskurse versucht er »in der Welt der Lebenden« all jenes Unerledigte zu Ende zu bringen und Neues auf einem anderen Niveau fortzusetzen, was durch den Abbruch des institutionalisierten DDR-Antifaschismus nicht zu Ende gebracht und fortgesetzt werden konnte.¹³⁵ Einen sehr ausführlichen und kritischen Überblick über Leistungen und Desiderata des *wissenschaftlichen* Antifaschismus der DDR liefert Werner Röhr.¹³⁶

3.2.2. Der Antifaschismus in Erinnerungskultur und Öffentlichkeit nach 1990

Die demokratische Revolution der Ostdeutschen, das Ende von Diktatur und Zensur bedeutet auch die Befreiung der Erinnerung an jene Gegner und Opfer des Nationalsozialismus, die von den Machthabern in der DDR für die Legitimation der politischen Verhältnisse als nicht dienlich oder störend angesehen wurden. Freilich brachte diese »Befreiung« nicht automatisch mit sich, dass diese Erinnerungen, Wissensbestände und Deutungen nun protegiert oder finanziert wurden, sondern lediglich, dass sie nicht mehr explizit unterdrückt wurden. Nach 1990 konnte sich nun entfalten, was bereits vor der friedlichen Revolution von engagierten Bürgern angegangen worden war und was der Historiker Jürgen Danyel als »eine Revitalisierung der ostdeutschen Erinnerungskultur« bezeichnet.

Bestimmte Momente des DDR-Antifaschismus werden in der demokratischen Kultur des vereinigten Deutschlands fortgeführt. Das zeigen zum einen jene Aktivist:innen, Initiativen und Vereinen, die Mahn- und Gedenkstätten betreiben und auch Forschungs-, Bildungs- und Aufklärungs-

135 Jürgen Danyel schrieb einmal zur Debatte über den Antifaschismus: »Ein passendes Bild hierfür liefert jenes aus zahlreichen Spielfilmen bekanntes Sujet, wo bereits Verstorbene noch einmal aus dem Jenseits ins Leben zurückkehren, weil sie dort noch etwas zu erledigen haben.« Jürgen Danyel: DDR-Antifaschismus: Rückblicke auf zehn Jahre Diskussion, offene Fragen und Forschungsperspektiven. In: Anette Leo / Peter Reif-Spirek (Hrsg.): Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus. Berlin 2001. S. 8.

136 Werner Röhr: Faschismusforschung in der DDR.

arbeit leisten. Hochengagiert und unterfinanziert erinnern sie an jene Gegner und Opfer des Nationalsozialismus, an die aufgrund ideologischer beziehungsweise finanzieller Erwägungen durch Institutionen des Bundes, der Länder und Kommunen nicht (mehr) gedacht wird. Zum anderen zeigen sich Kontinuitäten in jenem noch »jungem Kind«, dass der DDR-Antifaschismus in das vereinte Deutschland »miteingebracht hat«, nämlich jene bunte und rebellische Antifa-Szene, die sich seit 1990 mit ihren West-Pendants vernetzte, und die in der DDR wohl noch intensiver mit den Strafverfolgungsbehörden und dem Inlandsgeheimdienst Bekanntschaft gemacht hätten, als sie es heute tun muss.

Auch die materielle Hinterlassenschaft des DDR-Antifaschismus in Form von Denkmälern, den Namen von Straßen, Schulen und Institutionen oder in Form von historischen Ausstellungen in Museen oder Gedenkstätten sind zum Gegenstand von Konflikten geworden. Bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes – also dem Belassen oder der Tilgung von Denkmälern, der Benennung von Straßen, Stadien, Institutionen sind die Verweise auf kommunistische Nazi-Gegner zugunsten von nicht- oder antikommunistischen Nazi-Gegnern reduziert worden, wengleich insgesamt auch nicht von einem antikommunistischen *rollback* die Rede sein kann, wie das Beispiel Leipzig zeigt.¹³⁷ Besonders scharf wurden die Auseinandersetzungen um die gedächtnispolitische Neuorientierung von KZ-Gedenkstätten geführt, die nach 1945 noch als sowjetische Speziallager gedient hatten. In Buchenwald beispielsweise überlagerte sich die Aufarbeitung der Vorgänge im nationalsozialistischen Konzentrationslager und die Revision des »gesäuberten Antifaschismus« mit der Bekanntwerden und der nun ermöglichten Aufarbeitung der Geschichte des sowjetischen Speziallagers. Trotz aller Kampagnen und aller Skandalisierungsversuche kann Buchenwald als Beispiel für eine am Ende historisch angemessene, gerechte Form des Gedenkens genommen werden.¹³⁸

137 Thomas Ahbe: Ostalgie. Zum Umgang mit der DDR-Vergangenheit in den 1990er Jahren. Erfurt 2005. S. 19ff.

138 Volkhard Knigge: Die Umgestaltung der DDR-Gedenkstätten nach 1990. Ein Erfahrungsbericht am Beispiel Buchenwalds. In: Hans-Joachim Veen / Peter März (Hrsg.): Woran Erinnern? Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur. Köln, Weimar, Wien 2003. S. 91–108.

3.2.2. Der DDR-Antifaschismus als Gegenstand politischer und ideologischer Auseinandersetzungen nach 1990. Ein Streit um Überzeugungen und Identitäten.

Die enorme Dynamik und Schärfe des Streits um den DDR-Antifaschismus speist sich aus der Spannung, die im Abschnitt »Die Zeit der Zweistaatlichkeit und zweier Vergangenheiten. Diskurse und Generationen« gezeigt worden ist. Sie entspringt also aus der Spannung von zwei sich in ihren Lücken und Einseitigkeiten lange Zeit spiegelverkehrt aufeinander beziehenden Darstellungen der nationalsozialistischen Vergangenheit. Beide Erzählungen widerspiegeln politisch, sozial und ideologisch gegensätzliche codierte Wir-Identitäten, die seit dem Beitritts- und Transformationsprozess aufeinanderprallen. In der Aufarbeitung des DDR-Antifaschismus – und in der Zurückweisung desselben – setzen sich also alte Konkurrenzen und bisweilen auch persönliche Feindschaften fort.

Für die Ostdeutschen war die nach 1990 einsetzende Debatte um den DDR-Antifaschismus also »keine rein akademische Veranstaltung«. Sie wurde »für diejenigen Beteiligten, die in ihrer Sozialisation in der DDR mit dem Antifaschismus in Berührungen gekommen waren, auch zu einer lebensgeschichtlich bedeutsamen Auseinandersetzung mit den eigenen Prägungen.«¹³⁹ Die – natürlich stets kritische, bisweilen aber auch stigmatisierende und revisionistische – Debatte um den DDR-Antifaschismus traf die ehemaligen DDR-Bürger in doppelter Weise. Zum einen, weil ein großer Teil der Ostdeutschen den offiziellen DDR-Antifaschismus als wichtigen Wert der DDR verstanden hatte. Zum anderen, weil die Kritiker vom Dogmatismus und der Einseitigkeit antifaschistischen Diskurses deduktiv auf ungenügend ausgeprägte antifaschistische beziehungsweise antinationalsozialistische Überzeugungen schlossen.

Zum ersten Punkt: Der antifaschistische beziehungsweise antinationalsozialistische Konsens war in der DDR – trotz der sich in den 80er Jahren bildenden rechtsextremen Gruppen und den sie schweigend tolerierenden Teilen der Normalbevölkerung – besonders breit.¹⁴⁰ Dieser

139 Jürgen Danyel: DDR-Antifaschismus. S. 8.

140 Siehe Abschnitt 2.4.2. »Zweiter Exkurs: Einstellungen der Ostdeutschen zu nationalsozialistischem Gedankengut im Spiegel der empirischen Forschung«, zu den rechtsextremen Gruppen: Norbert Madloch: Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Ende des Hitlerfaschismus. S. 77–87.

Konsens vereinte jene, die bis zum Schluss Systemträger oder Mitläufer waren, sozialistische Reformer, Befürworter des *Dritten Wegs*, Bürgerbewegte und Oppositionelle. Das Scherbengericht über den DDR-Antifaschismus berührte also die Identität und die Grundüberzeugungen der politisch denkenden Ostdeutschen, einschließlich der Bürgerrechtler. Darüber hinaus schien in den Jahren 1990/91 für jene von ihnen, die sich mit der DDR identifiziert hatten, die antifaschistische Tradition ihres Landes noch als einer der besten Trümpfe bei der Verteidigung der DDR und des eigenen Engagements für sie zu sein. Denn dass der DDR die Menschen weggelaufen waren, dass und wie die Stasi die Menschen überwacht hatte, dass die DDR-Wirtschaft als bankrott angesehen wurde, war damals bereits unstrittig. – Wenigstens der DDR-Antifaschismus, so meinte man, war eine Leistung, die Bestand haben würde und wegen der man sich »vor dem Westen nicht verstecken musste«. Wer das Andenken an die DDR – oder sein Leben in der DDR – verteidigen wollte, konnte beim Streit um den Antifaschismus scheinbar besser zum »Gegenangriff auf den Westen« übergehen, als beispielsweise beim Stasi-Thema. Hierin hatte man auch Routine. Schließlich gehörte der Verweis auf die frühen Sünden der westdeutschen Vergangenheitsbewältigung und die Reintegration »alter Nazis« in der Bundesrepublik selbst zum festen Repertoire des DDR-Antifaschismus.

Doch genau dieses Wissen um das irreversible Fiasko der Entnazifizierung und der Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik bis zum Beginn der 60er Jahre trieb natürlich auch auf westdeutscher Seite den Streit um den DDR-Antifaschismus an. Für die Identifikation mit der modernisierten und liberalisierten bundesdeutschen Demokratie konnte die Vorgeschichte der verfehlten Vergangenheitsaufarbeitung und des extremen Antikommunismus der frühen Bundesrepublik nur störend wirken. Nun wurde »die ›schlechte‹ DDR lediglich als Kontrastmittel für die historisch überlegene Bundesrepublik benutzt [um] jene erst im Ergebnis von innenpolitischen Krisen und Konflikten gewonnene demokratische Reife der westdeutschen Gesellschaft im Umgang mit der NS-Vergangenheit bereits in die Anfänge zurückzuprojezieren.«¹⁴¹ Weiteren Schwung zur Kritik und »Entlarvung« des DDR-Antifaschismus dürfte auch die Erinnerung an die aggressive, gegen die Bundesrepublik gerichtete Kampagnenpolitik der DDR in den 60er Jahren,¹⁴²

141 So Jürgen Danyel im Vorwort zu dem von ihm 1995 herausgegeben Band: Die geteilte Vergangenheit. S. 12f.

142 Siehe Michael Lemke: Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960–1968.

die selbstgerechte antifaschistische Attitüde der DDR und schließlich der Anfang der 90er Jahre in Ostdeutschland grassierende Rechtsextremismus geliefert haben. Nun, nach ihrem Zusammenbruch, konnte die DDR, die sich bis dahin gewissermaßen als »Musterschüler in Sachen Antifaschismus« inszeniert hatte, endlich »des Schummelns überführt« werden. Dieser Überschuss an westlicher Kränkung sowie das Bedürfnis, den, wie man meinte antifaschistischen »Betrug« der DDR bloßzustellen, zeigt sich auch in der berühmt gewordenen Bemerkung von Bundesjustizminister Klaus Kinkels aus seiner Begrüßungsansprache auf dem Deutschen Richtertag am 23. September 1991. Kinkel sagte: »Ich baue auf die deutsche Justiz. Es muss gelingen, das SED-System zu delegitimieren, das bis zum bitteren Ende *seine Rechtfertigung aus antifaschistischer Gesinnung*, angeblich höheren Werten und behaupteter absoluter Humanität hergeleitet hat, während es unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus seinen Staat aufbaute, der in weiten Bereichen genauso unmenschlich und schrecklich war wie das faschistische Deutschland, das man bekämpfte und – zu Recht – nie mehr wieder erstehen lassen wollte.«¹⁴³ Die Reihe der Begründungen, die Kinkel anführt, ist vielsagend. Um seinen Aufruf an die Richter zu begründen, künftig das DDR-System zu delegitimieren, wäre der Verweis auf den Umstand, dass die DDR unter dem »Deckmantel des Marxismus-Leninismus seinen Staat aufbaute, der in weiten Bereichen genauso unmenschlich und schrecklich war wie das faschistische Deutschland« völlig ausreichend gewesen. Dass Kinkel als Begründung zusätzlich noch die missbräuchliche Nutzung des Antifaschismus heranzieht, illustriert, welche große, auch identitätsstiftende Bedeutung antifaschistische beziehungsweise antinationalsozialistische Tugenden in der deutschen-deutschen Systemauseinandersetzung inzwischen gewonnen hatten. Und es illustriert, wie sehr man sich im Westen offensichtlich von den DDR-Kampagnen¹⁴⁴ zur Vergangenheitspolitik der Bundesrepublik doch getroffen fühlte. Insofern ist es auch nicht überraschend, dass der alte DDR-Vorwurf hinsichtlich der bundesdeutschen Vergangenheitspolitik, nach 1990 nun als Argument für die Säuberungen in Ostdeutschland ins Feld geführt wurde. Das Ausmaß des Eliten- und Personalaustausch in Ostdeutschland wurde oft mit dem verfehlten Eliten- und Personal-

143 Klaus Kinkel: Begrüßungsansprache auf dem Deutschen Richtertag am 23. September 1991. In: Deutsche Richterzeitung (1992). H. 1. S. 5. Hervorhebung vom Autor.

144 Siehe Michael Lemke: Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960–1968.

austausch in der frühen Bundesrepublik begründet. In einer Bewertung der justiziellen Aufarbeitung der sogenannten Waldheimer Prozesse¹⁴⁵ meinte Claus Bogner: »Aber nicht nur formale Gründe waren von Bedeutung. Mit den ›Waldheimer Verfahren‹ konnte man – ebenso wie bei der Aufarbeitung des Justizunrechts der DDR – deutlich machen, dass man aus der Nichtbehandlung des Justizunrechts des ›Dritten Reiches‹ gelernt hatte und die Fehler, die damals gemacht wurden, nicht noch mal wiederholt werden.«¹⁴⁶ Dieser Hinweis auf »Lernprozesse« ist allerdings etwas irreführend. Denn wenn »damals«, in der alten Bundesrepublik, NS-Richter angeklagt wurden, saßen Richter-Kollegen über Richter-Kollegen zu Gericht, die ideologisch, vor allem kulturell und sozial einem Milieu und oft der gleichen Generationseinheit mit gleicher Erlebnisschichtung und gleichen politischen und kulturellen Orientierungen angehörten. In diesen Prozessen sprachen oft jene Richter, die im »Dritten Reich« schon Richter waren, andere Richter frei, die wegen ihrer Urteile oder Taten im »Dritten Reich« angeklagt worden waren.¹⁴⁷ In den Rechtsbeugeprozessen nach 1990 hingegen saßen den Richtern als Angeklagte DDR-Richter gegenüber. Für die Richter, die in den neunziger Jahren über sie zu Gericht saßen, dürften sie – jenseits des formalen Rechts – aufgrund ihrer politischen, ideologischen, kulturellen und sozialen Ausrichtung zu einer gegnerischen Gruppe gezählt haben. Neben den genannten »Lernprozessen« hat wahrscheinlich auch diese politische und kulturelle Distanz beziehungsweise Gegnerschaft die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit geprägt und letztlich zu einer andauernden und Verdrängung der Eliten, Fach- und Führungskräfte des Ostens beigetragen.¹⁴⁸

145 Die Waldheimer Prozesse fanden 1950 statt, die Prozesse gegen die damaligen Richter 1993 bis 1997. Siehe Christiaan Frits Rüter (Hrsg.): DDR-Justiz und NS-Verbrechen. Bd. 6/7. Amsterdam, München 2004/2005 sowie Norbert Haase / Bert Pampel (Hrsg.): Die Waldheim-»Prozesse« fünfzig Jahre danach. Baden-Baden 2000.

146 Claus Bogner: Die Strafverfahren gegen »Waldheim-Richter« wegen Justizunrechts seit 1990 – eine Bilanz. In: Norbert Haase / Bert Pampel (Hrsg.): Die Waldheim-»Prozesse« fünfzig Jahre danach. S. 58-73, hier S. 59f.

147 Marc von Miquel: Juristen: In eigener Sache; ders: Ahnden oder amnestieren? Westdeutsche Justiz und Vergangenheitspolitik in den sechziger Jahren. Göttingen 2004.

148 Siehe Thomas Ahbe: Deutsche Eliten und deutsche Umbrüche. Erfolg und Verschwinden verschiedener deutscher Elite-Gruppen und deren Wertepositionen. In: Deutschland Archiv 36(2003). H. 2. S. 191–206.

Inwieweit der Streit um den DDR-Antifaschismus immer auch ein Streit um Kommunismus und Antikommunismus ist, illustrieren die aufgeheizten Debatten um die kommunistischen Funktionshäftlinge im KZ Buchenwald. Die Bild-Zeitung Thüringen überschrieb ihre Enthüllungsserie »Geheimakte Buchenwald« mit »So halfen die Kommunisten den Nazis beim Morden« oder mit »Wer die KPD-Bonzen stört, landet im Todesstollen«. ¹⁴⁹ Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Neuprofilierung und personelle Neubesetzung der Gedenkstätte Buchenwald aber auch mit den vorgenannten Medienberichten wurde durch den Historiker Lutz Niethammer eine Quellensammlung vorgelegt, um eine Weiterbearbeitung dieser schwierigen Problematik zu erleichtern »und um eine vorschnelle Urteilsbildung zu erschweren«. ¹⁵⁰ Obwohl das Material für eine Versachlichung nun vorlag, behielt der Mediendiskurs die plakative Behandlung der Problematik bei. Im *Neuen Deutschland* wurde die »Erklärung der Lager-Arbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora« unter anderem mit »Die Bild-Zeitung und ihr Prof. Niethammer« überschrieben und in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* stellte man fest, dass die Kommunisten »als zuverlässiger Arm der SS erwiesen hätten«. ¹⁵¹

Aber auch dort, wo bestimmten Botschaften des DDR-Antifaschismus keine Einseitigkeiten und Auslassungen aufwiesen, wurde versucht, diese durch neue geschichtspolitische Akte zu neutralisieren, wie es beispielsweise in Görlitz durch Anbringung einer Gedenktafel anlässlich des 50. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 geschah.

Die Stadt Görlitz gehört zu den wichtigsten Schauplätzen des Aufstandes. Hier beteiligten sich 50.000 Menschen an Demonstrationen. Das sind zweieinhalb mal mehr als beispielsweise im nahegelegenen Dresden. Mehr als jeder Dritte in der Stadt – viel mehr als in anderen Städten – war Vertriebener. Eine besondere Bedeutung kam der neuen deutsch-polnischen Grenzstadt im Aufstandsgeschehen in der DDR jedoch deswegen zu, weil in dieser Stadt für kurze Zeit tatsächlich ein Machtwechsel vollzogen worden war. In Görlitz waren die SED-Kreis-

149 Zit nach Jürgen Danyel: Wandlitz auf dem Ettersberg? Zur Debatte um die roten Kapos von Buchenwald. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 43(1995). H. 2. S. 159–166, hier S. 160.

150 Lutz Niethammer u.a. (Hrsg.): Der »gesäuberte« Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Berlin 1994. S. 19.

151 Siegfried Stadler: »Mehr wert als alle anderen«. Die Edition der Geheimakte Buchenwald. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 20. Dezember 1994. S. 7.

leitung, die Stasi-Kreisdienststelle und das Rathaus von den Aufständischen besetzt und die Machthabenden ihrer Ämtern enthoben worden. Im Rathaus war ein provisorisches Stadtkomitee gebildet worden, dem auch Vertreter der Streikleitungen aus mehreren Betrieben angehörten. Zudem sind aus beiden Görlitzer Gefängnissen die Häftlinge befreit worden. Das alles geschah ohne Opfer – sieht man einmal von einigen Verletzten auf Seiten der Staatsmacht ab.¹⁵² Auf keiner Seite gab es in Görlitz Tote. Dennoch konzentriert sich die am 17. Juni 2005 enthüllte Gedenktafel nicht auf die Momente des Aufstandes, mit denen Görlitz im Rahmen des Volksaufstandes besondere Bedeutung erlangt hatte – nämlich die Massenbeteiligung und den Erfolg in Form des geordnet vollzogenen und unblutigen Machtwechsels, sondern auf »die Opfer«. Die Tafel trägt die Inschrift: »Zum Gedenken an die Opfer des Volksaufstandes 17. Juni 1953 in Görlitz und Umgebung.« Bei den Opfern handelt es sich um zwei Männer: Den Fuhrunternehmer Alfred Wagenknecht aus dem zwanzig Kilometer entfernten Rothenburg und den Friedhofswärter Oskar Jurke aus dem zwölf Kilometer entfernten Zodel. Alfred Wagenknecht hatte mit seinem Fahrzeug befreite Häftlinge nach Rothenburg gefahren. Er wurde am 19. Juni verhaftet und starb am 21. Juni an den ihm im Polizeigefängnis Niesky zugefügten Misshandlungen. Oskar Jurke hatte sich am 17. Juni handgreiflich mit dem Bürgermeister von Zodel auseinandergesetzt und wurde noch in der Nacht verhaftet. Am 6. Juli wurde er dann mit neun weiteren Gefangenen von Görlitz nach Dresden transportiert. Weil der Tank des Transportfahrzeugs »im oberen Bereich leck ist und deshalb nur halb gefüllt werden kann, der Fahrer aber keine Benzinmarken zum Nachtanken bekommen hat, nimmt er zwei Zwanzigliterkanister Sprit im Gefangenentransportraum mit.¹⁵³ Die Kanister sind undicht und gasen stark. ... Gegen 13.00 Uhr trifft der Transport in Dresden ein, außer Oskar Jurke, der noch weiter transportiert werden soll, verlassen die erschöpften Gefangenen den Wagen. Etwa eine Stunde später wird der Zurückgelassene leblos in seiner engen Transportzelle aufgefunden.« Der 58jährige hat die Qualen dieser Transportbedingungen – es war ein heißer Tag – nicht über-

152 Detailliert zu den Geschehnissen in Görlitz siehe Heidi Roth: Der 17. Juni 1953 in Görlitz. Bautzen 2003.

153 Siehe dazu: VPKA Görlitz. Verantwortliche Vernehmung von Gerhard Willi P., Görlitz, 10.7.1953. In: BSU, Ast. Dresden. 346/53, STA, Strafs., Bl. 42/43. Zit. nach <http://www.17juni53.de/tote/jurke.html> (31.03.2007)

lebt. »Die Obduktion erweist einen tödlichen CO-Gehalt des Blutes und Eindrücke der Haut, die offenbar von einer Fesselung herrühren.«¹⁵⁴

Es stellt sich die Frage, an welcher Stelle diesem mörderischen Umgang mit Regimegegnern gedacht werden sollte – wenn es nicht in der Abgeschiedenheit der Friedhöfe von Rothenburg oder Zodel, sondern in der Öffentlichkeit der Stadt Görlitz sein soll. Hierfür hätte sich der »Platz des 17. Juni« angeboten, oder die Gebäude der erfolgreich besetzten SED-Kreisleitung oder der Stasi-Kreisdienststelle, ebenso das Rathaus, wo sich das provisorische Stadtkomitee gebildet hatte oder das der Untersuchungshaftanstalt, dem »Rathausgefängnis«, von dessen befreiten Gefangenen Alfred Wagenknecht einige mit nach Rothenburg gefahren hatte. Die genannte Tafel wurde jedoch an keinem der genannten Orte angebracht, sondern am Gebäude des ehemaligen Frauengefängnisses am Postplatz. Auch das Frauengefängnis wurde gestürmt und die Insassen befreit. Die »Opfer des Volksaufstandes 17. Juni 1953 in Görlitz und Umgebung« sind hier jedoch nicht zu Tode gekommen, und auch sonst niemand. Insofern stellt sich die Frage, warum die Tafel ausgerechnet hier angebracht wurde. Eine Antwort findet sich möglicherweise in dem Umstand, das an gleicher Stelle noch eine weitere Gedenktafel hängt. In direkter Nachbarschaft zur Tafel, die an die beiden durch die DDR-Behörden getöteten Männer aus Rothenburg beziehungsweise Zodel erinnert, befindet eine Gedenktafel mit der Inschrift: »Platz der Befreiung. Auf diesem Platz lagen im Frühjahr 1945 von Faschistischen Mordkommandos umgebrachte Soldaten und Bürger. Die Toten mahnen die Lebenden.«

Beide Tafeln sind in Größe, Material und Farbe bis hin zum Schriftstil völlig gleich gestaltet. Was sagt dem Betrachter das so entstandene Zwiesgespräch der Tafeln? Die unkundige Mehrheit könnte meinen, dass am 17. Juni 1953 auf diesem Platz wieder Ermordete lagen. Wer etwas informierter ist, und weiß, dass es an *dieser* Stelle keine Opfer des Volksaufstandes gab, wird das Arrangement als eine geschichtspolitische Aussage auf einer allgemeineren Ebene verstehen: »Jene, die ihrer roten Diktatur damit Legitimität verschafften, dass sie zuvor gegen die braune Diktatur gekämpft hatten und staatsoffiziell permanent an den Terror des nationalsozialistischen Regimes erinnerten, ermordeten selber Menschen, um ihr Regime zu erhalten.« Das Görlitzer Gedenktafel-Arrangements verweist also nicht nur auf die mörderischen Reaktionen

154 Vgl. das Obduktionsprotokoll. In: BStU, Ast. Dresden. 346/53, STA, Strafs., Bl. 58. Zit.nach ebenda.

des DDR-Regimes auf den Aufstand von 1953, sondern es neutralisiert zugleich eine der wichtigen Legitimationen der DDR, nämlich ihre anti-faschistische Erzählung.

*Abbildungen Seite 67/68:
Gedenktafeln am Postplatz in Görlitz (Fotos: Autor)*





4. Ausblick

Heute besteht über den verbrecherischen Charakter des »Dritten Reiches«, über die Notwendigkeit, die Täter zu bestrafen, nationalsozialistisches Gedankengut zu bekämpfen, sich zur deutschen Schuld zu bekennen und der Opfer zu gedenken über das gesamte demokratische Spektrum hinweg ein Konsens, der sich im parlamentarischen Prozess und in der Geschichtspolitik der Berliner Republik durchgesetzt hat. Dieser Konsens ist Ergebnis einer über Jahrzehnte währenden Entwicklung, die von scharfen Konflikten und von nicht wieder gutzumachenden Fehlern gekennzeichneten war – und zudem auch durch die geschichtspolitische Konkurrenz der beiden deutschen Nachkriegsstaaten angetrieben wurde. Inwieweit diese Distanz zum Nationalsozialismus für die demokratische Kultur der Bundesrepublik zu einem Wert geworden ist, zeigt der besonders nach 1990 geführte Streit, in welchem der beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften der Nationalsozialismus *besser* aufgearbeitet und wo mehr »alte Nazis« integriert und in Spitzenpositionen tätig waren.

»Antifaschismus« ist heute also nicht deswegen ein Streitpunkt, weil das Abstandsgebot dem »Dritten Reich« gegenüber strittig sei oder weil in der Bundesrepublik eine nationalsozialistische oder faschistische Strömung nach der Macht greifen würde – sondern weil Antifaschismus *nach wie vor* ein Bestandteil, ja Instrument, der politischen Auseinandersetzung zwischen linksorientierten und bürgerlichen Demokratie- und Gesellschafts-Konzepten ist. Der Streitpunkt Antifaschismus bezieht sich damit nicht allein auf die Deutung der nationalsozialistischen Diktatur oder aktueller neonazistischer Tendenzen, sondern auf die Deutung und Wertung der Weimarer und der bundesdeutschen Demokratie sowie des DDR-Sozialismus. Auf der Ebene der Gesellschafts- und Geschichtsbetrachtung ist der Streit um den Antifaschismus eine Debatte um marxistisch inspirierte geschichts- und sozialwissenschaftliche Zugriffe. Darüber hinaus belegen die hoch aufgeladenen Kontroversen um den Antifaschismus, dass die Spannung zwischen bürgerlichen bis antikommunistischen und linkssozialistischen bis kommunistischen Deutungen der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts weiter fortbesteht. Diese beiden Deutungen sind auch mit prin-

zipiellen Wertentscheidungen und Überzeugungen sowie mit handfesten sozialen Interessen verbunden – und insofern argumentativ nicht völlig aufhebbar; der Umgang mit diesen Konflikten ist demokratisch auszuhandeln.

Die oben beschriebene Konfliktlinie scheint in der deutschen Gesellschaft stärker als alle anderen zu sein, stärker auch als der anti-antisemitische Konsens. Bei der Auseinandersetzung mit Kommunisten ist offensichtlich sogar der Rückgriff auf antisemitische Formulierung tolerabel. Das illustriert ist eine Bemerkung von Margarita Mathiopoulos, die ihre Eindrücke und Empfindungen während einer spannungsreichen, über eineinhalb Jahre währenden Interview-Beziehung mit Hermann Axen wiedergibt. Axen ist Jude, Kommunist, er war ehemaliger Auschwitz- und Buchenwald-Häftling und als Mitglied des Politbüros der engsten Machtelite der DDR zugehörig. In ihrem Interview-Buch zu Prominenten der DDR-Politik bezeichnet Margarita Mathiopoulos 1994 den SED-Funktionär als »Hofjuden« – und dann teilt sie ihrem Publikum mit, dass jener »wegen seiner Schweigsamkeit und Natterhaftigkeit als gerissen« gilt. Mit Blick auf eine problematische Interviewsituation notierte sie: »In diesem Augenblick hätte ich ihm am liebsten gesagt, dass er von seinem KZ-Ross herabsteigen und sich seine antifaschistische Vergangenheit an den Hut stecken soll.«¹⁵⁵ Das erinnert an die Bemerkung von Klaus Kinkel¹⁵⁶ der den Verweis der DDR-Machthaber auf ihren persönlichen Widerstand gegen den Nationalsozialismus und ihr persönliche erlittenen Qualen als eine Art »missbräuchliche Nutzung« des Antifaschismus skandalisiert. Es ist genau jenes symbolische Kapital der Kommunisten und DDR-Protagonisten, das für ihre politischen Gegenspieler – und insbesondere die westdeutsche bürgerliche Elite – immer wieder ein Ärgernis ist.

Heute sind in der politischen Kultur Deutschlands antisemitische Äußerungen und Handlungen, oder solche, die in dieser Richtung gedeutet werden können, geächtet. Das ist in jenem Land, in dem die Nachfahren der Täter, der »Arisierer« und Profiteure der Beraubung und Ermordung der Juden leben, nur angemessen. Doch die wirkliche Hierarchie der Werte, die für die politische Elite der Bundesrepublik gilt, offenbart sich, wenn das Bewusstsein der deutschen Schuld mit dem tradierten deutschen Antikommunismus in Konkurrenz treten muss. Das

155 Margarita Mathiopoulos: *Rendezvous mit der DDR. Politische Mythen und ihre Aufklärung*. Düsseldorf, Wien 1994. S. 21, 37.

156 Siehe Anm. 143.

zeigte sich, als der aus Deutschland vertriebene Jude und als Sergeant der US-Armee nach Deutschland zurückgekehrte, später dann in der DDR als Schriftsteller wirkende und dort wegen seiner kritischen Texte politisch und juristisch verfolgte Stefan Heym als parteiloser Parlamentarier am 10. November 1994 die übliche Eröffnungsrede des Alterspräsidenten des Deutschen Bundestages hielt. Die CDU/CSU-Fraktion, mit Ausnahme Rita Süßmuths, verweigerten seiner Person, seiner Biographie und seiner Funktion den Respekt: Niemand von ihnen erhob sich und applaudierte dem Alterspräsidenten, wie es guter parlamentarischer Brauch ist. Heyms Rede war unspektakulär und verließ an keiner Stelle den demokratischen Konsens des Bundestags. Allein: Der parteilose Alterspräsident hatte auf der Liste der PDS kandidiert.

Nach 1990 hat sich gezeigt, dass die Kontroversen um den Antifaschismus immer auch – und vielleicht auch in erster Linie – Kontroversen um die linke Kapitalismus-Kritik sind. Es geht hierbei weniger um gute oder schlechte, effiziente oder weniger effiziente Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen, die Bestrafung der Täter oder das Niveau der volkspädagogischen Aufklärung. Der Streit um den Antifaschismus ist ein politischer Streit, hier geht es um Wertentscheidungen und Interessen. Der Streit um den Antifaschismus wird dadurch angetrieben, dass der deutschen Linken über ihre Altväter, deren frühe und entschiedene und opferreiche Gegnerschaft zum Nationalsozialismus durch die antifaschistische Geschichtspolitik der DDR und durch den antifaschistischen Diskurs nach 1990 immer noch ein nicht unerhebliches Maß an Ansehen zufließt, dass ihre konservativen, bürgerlichen politischen Gegner nicht vollständig eliminieren konnten.

5. Literatur

Abusch, Alexander: Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Geschichte. Berlin 1946.

Adenauer, Konrad: Teegespräche 1950–1954. Bearbeitet von Hans Jürgen Küsters. Berlin 1984.

Ahbe, Thomas: Deutsche Generationen nach 1945. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage der Wochenzeitung *Das Parlament*. B 3/2007 vom 15. Januar 2007. S. 38–46.

Ahbe, Thomas: Die Täter, ihre Opfer und »unsere« Geschichte. Erinnern und Historisieren. Welche Bedeutung hat die Dokumentation der Repression in der DDR für ein zukunftstaugliches Geschichtsbild? In: »FREITAG« Nr. 21 vom 26. Mai 2006. S. 11.

Ahbe, Thomas: Der Osten aus der Sicht des Westens. Die Bilder zu den Ostdeutschen und ihre Konstrukteure. In: Hannes Bahrmann / Christoph Links (Hrsg.): Am Ziel vorbei. Die Deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz. Berlin 2005. S. 268–281.

Ahbe, Thomas: Ostalgie. Zum Umgang mit der DDR-Vergangenheit in den 1990er Jahren. Erfurt 2005.

Ahbe, Thomas / Rainer Gries: Gesellschaftsgeschichte als Generationengeschichte. In: Annegret Schüle / Thomas Ahbe / Rainer Gries (Hrsg.): Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur, Leipzig 2005. S. 475–571.

Ahbe, Thomas: Deutsche Eliten und deutsche Umbrüche. Erfolg und Verschwinden verschiedener deutscher Elite-Gruppen und deren Wertepositionen. In: Deutschland Archiv 36(2003). H. 2. S. 191–206.

Ahren, Yizhak / Christoph Melchers / Werner Seifert / Werner Wagner: Das Lehrstück »Holocaust«. Zur Wirkungspsychologie eines Medienereignisses. Opladen 1982.

Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt am Main 2005.

Arzheimer, Kai: Von »Westalgie« und »Zonenkindern«: Die Rolle der jungen Generation im Prozess der Vereinigung. In: Jürgen W. Falter / Oscar W. Gabriel / Hans Rattinger / Harald Schoen (Hrsg.): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich. München 2006. S. 212–240.

Ash, Mitchell G.: 1933, 1945, 1989. Drei Bruchstellen in der Geschichte der deutschen Universität. In: Alfons Söllner / Ralf Walkenhaus (Hrsg.) Ostprofile. Universitätsentwicklung in den neuen Bundesländern. Opladen 1998. S. 213–238.

Bauernkämper, Arnd: Der Faschismus in Europa 1918–1945. Stuttgart 2006.

Becher, Johannes R.: »Zur Frage der politisch-moralischen Vernichtung des Faschismus« (Februar/März 1945). In: Peter Erler / Horst Laude / Manfred Wilke (Hrsg.): »Nach Hitler kommen wir.« Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/1945 für Nachkriegsdeutschland. Berlin 1994. S. 335–361.

Benz, Wolfgang: Kulturkampf oder Auftakt zum Bürgerkrieg? Aktuelle Tendenzen des Rechtsextremismus. In: Wolfgang Benz. (Hrsg.): Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland. Frankfurt am Main 2001. S. 7–12.

Berg, Nicolas: Lesarten des Judenmords. In: Ulrich Herbert (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980. Göttingen 2002.

Berger, Christel: Gewissensfrage Antifaschismus. Traditionen der DDR-Literatur. Analysen – Interpretationen – Interviews. Berlin 1990.

Bergmann, Werner: Antisemitismus in Deutschland. In: Wilfried Schubarth / Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2000.

Bergmann, Werner / Rainer Erb: Antisemitismus in der Bundesrepublik 1996. In: Richard Alba / Peter Schmidt / Martina Wasmer (Hrsg.): Deutsche und Ausländer. Freunde, Fremde oder Feinde? Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Wiesbaden 2000. S. 401–438.

Bergmann, Werner: Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989. Frankfurt am Main, New York 1997.

Bilder zur Geschichte des deutschen Volkes 1929–1960 für die 9. und 10. Klasse der Oberschule. Berlin 1961.

Bogner, Claus: Die Strafverfahren gegen »Waldheim-Richter« wegen Justizunrechts seit 1990 – eine Bilanz. In: Norbert Haase / Bert Pampel (Hrsg.): Die Waldheim-»Prozesse« fünfzig Jahre danach. Baden-Baden 2000. S. 58–73.

Bublitz, Hannelore: Zur diskursanalytischen Rekonstruktion der Regelstrukturen sozialer Wirklichkeit. In: Reiner Keller / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Opladen 2001. S. 225–260.

Bude, Heinz: Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen von Aufsteigern aus der Flakhelfer-Generation. Frankfurt am Main 1987.

Curio, Claudio: Chronik rechtsextremer Gewalt in Deutschland seit 1990. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland. Frankfurt am Main 2001. S. 177–211.

Danyel, Jürgen: Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek der DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur. In: Jan C. Behrends / Thomas Lindenberger / Patrice G. Poutrus (Hrsg.): Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland. Berlin 2003. S. 23–40.

Danyel, Jürgen: DDR-Antifaschismus: Rückblicke auf zehn Jahre Diskussion, offene Fragen und Forschungsperspektiven. In: Anette Leo / Peter Reif-Spirek (Hrsg.): Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus. Berlin 2001. S. 7–19.

Danyel, Jürgen: Die SED und die »kleinen Pg's«. In: Anette Leo / Peter Reif-Spirek (Hrsg.): Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus. Berlin 1999. S. 177–196.

Danyel, Jürgen: Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis der ostdeutschen Eliten. In: Peter Hübner (Hrsg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zu einer Sozialgeschichte der DDR. Köln, Weimar, Wien 1999 S. 67–85.

Danyel, Jürgen: Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR. In: Jürgen Danyel (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in den beiden deutschen Staaten. Berlin 1995. S. 31–46.

Danyel, Jürgen: Wandlitz auf dem Ettersberg? Zur Debatte um die roten Kapos von Buchenwald. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 43(1995). H. 2. S. 159–166.

Dubiel, Helmut: Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des deutschen Bundestages. München 1999.

Eckel, Jan: Intellektuelle Transformationen im Spiegel der Widerstandsdeutungen. In: Ulrich Herbert (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Göttingen 2002. S. 140–176.

Erdmann, Karl Dietrich: Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk? Überlegungen zu einer deutschen Geschichte seit der Teilung. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. 36(1985). S. 671–683.

Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik in den fünfziger Jahren. In: Wilfried Loth / Bernd-A Rusinel (Hrsg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt am Main 1998. S. 79–92.

Frei, Norbert: NS-Vergangenheit unter Ulbricht und Adenauer. Gesichtspunkte einer »vergleichenden Bewältigungsforschung«. In: Jürgen Danyel (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in den beiden deutschen Staaten. Berlin 1995. S. 125–132.

Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996.

Friedmann, Jan / Jörg Später: Britische und deutsche Kollektivschuld-Debatte. In: Ulrich Herbert (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Göttingen 2002. S. 53–90.

Friedrich, Walter: Ist der Rechtsextremismus im Osten ein Erziehungsprodukt der autoritären DDR? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage der Wochenzeitung *Das Parlament* B 46/2001. 9. November. S. 16–23.

Garner, Curt: Der öffentliche Dienst in den 50er Jahren: Politische Weichenstellungen und ihre sozialgeschichtlichen Folgen. In: Axel Schildt / Arnold, Sywottek (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Bonn 1993. S. 759–790.

Gibas, Monika: »Bonner Ultras«, »Kriegstreiber« und »Schlotbarone«. Die Bundesrepublik als Feindbild der DDR in den fünfziger Jahren. In: Silke Satjukow / Rainer Gries (Hrsg.): Unsere Feinde. Konstruktion des Anderen im Sozialismus. Leipzig 2005. S. 76–106.

Gersch, Wolfgang: Szenen eines Landes. Die DDR und ihre Filme. Berlin 2006.

Groehler, Olaf: Verfolgten- und Opfergruppen im Spannungsfeld der politischen Auseinandersetzungen in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Jürgen Danyel (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in den beiden deutschen Staaten. Berlin 1995. S. 17–30.

Hammerstein, Katrin: Deutsche Geschichtsbilder vom Nationalsozialismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage der Wochenzeitung *Das Parlament*. B 3/2007 vom 15. Januar 2007. S. 24–30.

Hartewig, Karin: Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR. Köln, Weimar, Wien 2000.

Hecht, Arno: Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration. Leipzig 2002.

Henke, Klaus-Dietmar / Hans Woller (Hrsg.): Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg. München 1991.

Herbert, Ulrich: Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze. In: Ulrich Herbert (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Göttingen 2002. S. 7–49.

Herbert, Ulrich: NS-Eliten in der Bundesrepublik. In: Wilfried Loth / Bernd-A. Rusinek (Hrsg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt am Main 1998. S. 92–115.

Herf, Jeffrey: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland. Berlin 1998.

Hodenberg, Christina von: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973. Göttingen 2006.

Hübner-Funk, Sibylle: Loyalität und Verblendung. Hitlers Garanten der Zukunft als Träger der zweiten deutschen Demokratie. Potsdam 1998.

Jäger, Siegfried : Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Reiner Keller / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Opladen 2001. S. 81–112.

Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Duisburg 1999.

Jesse, Eckhard: Plädoyer für einen antiextremistischen Konsens. In: Manfred Agethen / Eckhard Jesse / Erhart Neubert (Hrsg.): Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken. Freiburg, Basel, Wien 2002. S. 19–28.

Jessen, Ralph: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerlandschaft in der Ulbricht-Ära. Göttingen 1999.

Kahane, Anetta: Ich sehe was, was du nicht siehst. Meine deutschen Geschichten. Berlin 2004.

Keller, Reiner: Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Reiner Keller / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Opladen 2001. S. 113–144.

Kinkel, Klaus: Begrüßungsansprache auf dem Deutschen Richtertag am 23. September 1991. In: Deutsche Richterzeitung (1992). H. 1. S. 5.

Klein, Fritz: Ein schlimmes Erbe kritisch und selbstkritisch aufarbeiten. In: Jürgen Danyel (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in den beiden deutschen Staaten. Berlin 1995. S. 139–141.

Kießmann, Christoph / Hans Misselwitz / Günter Wichert: Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte. Berlin 1999.

Knigge, Volkhard: Die Umgestaltung der DDR-Gedenkstätten nach 1990. Ein Erfahrungsbericht am Beispiel Buchenwalds. In: Hans-Joachim Veen / Peter März (Hrsg.): Woran Erinnern? Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur. Köln, Weimar, Wien 2003. S. 91–108.

Knigge, Volkhard / Jürgen Maria Pietsch / Thomas A. Seidel: Versteinertes Gedenken. Das Buchenwalder Mahnmal von 1958. Spröda 1997.

Laak, Dirk van: Trotz und Nachurteil. Rechtsintellektuelle im Anschluß an das »Dritte Reich«. In: Wilfried Loth / Bernd-A. Rusinek (Hrsg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt am Main 1998. S. 55–77.

Lemke, Michael: Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960-1968. In: Jürgen Danyel (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in den beiden deutschen Staaten. Berlin 1995. S. 61–86.

Leo, Anette / Peter Reif-Spirek (Hrsg.): Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus. Berlin 2001.

Leo, Anette / Peter Reif-Spirek (Hrsg.): Helden, Täter und Verräter. Berlin 1999.

Lepsius, M. Rainer: Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des »Großdeutschen Reiches«. In: M. Rainer Lepsius (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Göttingen 1993. S. 229–245.

Lillig, Thomas: Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern. Erklärungsansätze, Einstellungspotentiale und organisatorische Strukturen. Mainz 1994.

Lübbe, Hermann: Verdrängung? Über eine Kategorie zur Kritik des deutschen Vergangenheitsverhältnisses. In: Forum für Philosophie Bad Homburg (Hrsg.): Zerstörung des moralischen Selbstbewußtseins: Chance oder Gefährdung? Praktische Philosophie in Deutschland nach dem Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1988. S. 217–228.

Lübbe, Hermann: Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein. In: Historische Zeitschrift 236 (1983). S. 579–599.

Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe. Wiesbaden 1946.

Madloch, Norbert: Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Ende des Hitlerfaschismus. In: Klaus Kinner / Rolf Richter (Hrsg.): Rechtsextremismus und Antifaschismus. Berlin 2000. S. 57–214.

Mathiopoulos, Margarita: *Rendevous mit der DDR. Politische Mythen und ihre Aufklärung*. Düsseldorf, Wien 1994.

Matschenz, Ingrid: *Wie 68 Historiker der Berliner Humboldt-Universität ihren Job verloren*. In: Stefan Bollinger / Ulrich van der Heyden (Hrsg.): *Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland*. Berlin 2002. S. 197–212.

Mayer, Hans: *Wendezeiten. Über Deutsche und Deutschland*. Frankfurt am Main 1993.

Miquel, Marc von: *Ahnden oder amnestieren? Westdeutsche Justiz und Vergangenheitspolitik in den sechziger Jahren*. Göttingen 2004.

Miquel, Marc von: *Juristen: In eigener Sache*. In: Norbert Frei (Hrsg.): *Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945*. Frankfurt am Main 2001. S. 181–237.

Mohr, Heinrich: *Die Schuldfrage in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg*. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 5(1954). S. 282–297.

Moses, Dirk: *Die 45er. Eine Generation zwischen Faschismus und Demokratie*. In: *Neue Sammlung* 40(2000). S. 233–263.

Niemetz, Daniel: *Das feldgraue Erbe. Die Wehrmachtseinflüsse im Militär der SBZ/DDR*. Berlin 2006.

Niethammer, Lutz (Hrsg.): *Der »gesäuberte« Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald*. Berlin 1994.

Niethammer, Lutz: *Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns*. Berlin, Bonn 1982.

Pätzold, Kurt: *Antifaschismus und NS-Geschichte*. In: *konkret*. Hamburg 1992. Heft 11. S. 52–58.

Pätzold, Kurt (Hrsg.): *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942*. Berlin 1983.

Pätzold, Kurt: *Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. (1933–1935)*. Berlin 1975.

Pätzold, Kurt / Irene Runge: *Pogromnacht 1938*. Berlin 1988.

Paxton, Robert O.: *Anatomie des Faschismus*. München 2006.

Payne, Stanley: *Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung*. Berlin 2001.

Pechel, Rudolf: *Deutscher Widerstand*. Zürich 1947.

Reuter, Elke / Detlef Hansel: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Berlin 1997.

Röhr, Werner: Faschismusforschung in der DDR. Eine Problemskizze. In: Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung 2001. H. 16. S. 3–75.

Roth, Heidi: Der 17. Juni 1953 in Görlitz. Bautzen 2003.

Ruck, Michael: Kontinuität und Wandel – Westdeutsche Verwaltungseliten unter dem NS-Regime und in der alten Bundesrepublik. In: Wilfried Loth / Bernd-A. Rusinek (Hrsg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt am Main 1998. S. 117–142.

Rüter, Christiaan Frits (Hrsg.): DDR-Justiz und NS-Verbrechen Bd. 6/7. Amsterdam, München 2004/2005.

Schildt, Axel: Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit. In: Wilfried Loth / Bernd-A. Rusinek (Hrsg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt am Main 1998. S. 19–54.

Schollack, Sigmar: Das Mädchen aus Harrys Straße. Berlin 1978.

Schubarth, Wilfried: Forschungen zum Geschichtsbewußtsein. In: Walter Friedrich / Peter Förster / Kurt Starke (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin 1999. S. 206–224.

Schütt, Hans-Dieter: Der Hass, draußen vor der Tür. »Streitraum« in der Berliner Schaubühne: Antisemitismus – Extremismus in der Mitte. In: »Neues Deutschland« vom 6. Februar 2007. S. 9.

Spannuth, Jan Phillip: Rückerstattung Ost. Der Umgang mit dem »arisierten« Eigentum der Juden und die Rückerstattung im vereinigten Deutschland. Essen 2007.

Stadler, Siegfried: »Mehr wert als alle anderen«. Die Edition der Geheimakte Buchenwald. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 20. Dezember 1994. S. 7.

Stüwe, Klaus (Hrsg.): Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder. Opladen 2002.

Thamer, Hans-Ulrich: Die westdeutsche Erinnerung an die NS-Diktatur in der Nachkriegszeit. In: Hans-Joachim Veen / Peter März (Hrsg.): Woran erinnern? Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur. Köln, Weimar, Wien 2003.

Vollnhals, Clemens (Hrsg.): Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945 – 1949. München 1991.

Wagner, Patrick: Die Resozialisierung der NS-Kriminalisten. In: Ulrich Herbert (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Göttingen 2002. S. 179–213.

Wagner, Wolf: Kulturschock Deutschland. Der zweite Blick. Hamburg 1999.

Wagner-Kyora, Georg: Loyalität auf Zeit – zur Identität der Management-Elite der DDR-Chemieindustrie in den fünfziger Jahren. In: Peter Hübner (Hrsg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zu einer Sozialgeschichte der DDR. Köln, Weimar, Wien 1999, S. 299–308.

Waibel, Harry: Rechtsextremismus in der DDR bis 1989. Köln 1996.

Weiß, Konrad: Die neue alte Gefahr. Junge Faschisten in der DDR. In: Kontext 1989. H. 5.

Westle, Bettina: Kollektive Identität im vereinten Deutschland. Nation und Wahrnehmung der Deutschen. Opladen 1999.

Wolfrum, Edgar: Die beiden Deutschland. In: Volkhard Knigge / Norbert Frei (Hrsg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord. Bonn 2005. S. 153–169.

Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung. Göttingen 2001.

Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990. Darmstadt 1999.

Über den Autor



Thomas Ahbe, Dr. phil., Sozialwissenschaftler und Publizist. Geboren 1958 in Querfurt, studierte 1981 bis 1986 Philosophie an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Promotion 1992. Seit dieser Zeit sozialwissenschaftliche Forschungen in unterschiedlichen Projektzusammenhängen, derzeit tätig in einem Forschungsprojekt am Historischen Institut der Universität Wien zum Thema: »Die diskursive Konstruktion »der Ostdeutschen« in westdeutschen und österreichischen Medien als Quelle für kollektive Alteritäts- und Identitäts-Diskurse in den 1990er Jahren«.

Arbeitsschwerpunkte: Kulturgeschichte der DDR, Ostdeutschlands und der Transformation der 1990er Jahre, Diskursanalyse (siehe hierzu www.thomas-ahbe.de)

Letzte Buchpublikationen

- Geschichte der Generationen in der DDR und in Ostdeutschland. Ein Panorama (zusammen mit Rainer Gries). Erfurt 2007.
- Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur. (Hrsg. zusammen mit Annegret Schüle und Rainer Gries). Leipzig 2006.
- Ostalgie. Zum Umgang mit der DDR-Vergangenheit in den 1990er Jahren. Erfurt 2005.

Kontakt: www.thomas-ahbe.de

